

Stenographisches Protokoll

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 29. Oktober 1958

Tagesordnung

Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1959

Inhalt

Nationalrat

Angelobung des Abg. Kulhanek (S. 2977)

Personalien

Krankmeldungen (S. 2977)
Entschuldigungen (S. 2977)

Bundesregierung

Zuschrift des Bundeskanzlers Ing. Raab: Betrauung des Bundesministers für Finanzen Dr. Kamitz mit der zeitweiligen Vertretung des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau Dr. Bock (S. 2978)

Schriftliche Anfragebeantwortungen 282 und 283 (S. 2978)

Ausschüsse

Zuweisung des Antrages 72 (S. 2977)

Regierungsvorlage

524: Wertgrenzennovelle 1958 — Justizausschuß (S. 2978)

Verhandlung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1959 (520 d. B.)

Erste Lesung

Redner: Koplenig (S. 2978), Dr. Maleta (S. 2984), Olah (S. 2994) und Dr. Gredler (S. 3000)

Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß (S. 3008)

Eingebracht wurden

Antrag der Abgeordneten

Glaser, Marie Emhart, Griebner, Voithofer und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, womit eine Bestimmung des Behörden-Überleitungsgesetzes, StGBI. Nr. 94/1945, ergänzt wird (73/A)

Anfrage der Abgeordneten

Dr. Pfeifer, Dr. Zechmann und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die Einbringung des Entwurfes eines Bundesgesetzes über die Regelung dienstrechtlicher Fragen (Zwischendienstzeitengesetz) (318/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Zechmann und Genossen (282/A. B. zu 299/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Stendebach und Genossen (283/A. B. zu 303/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Hurdes, Zweiter Präsident Böhm.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das stenographische Protokoll der 64. Sitzung vom 22. Oktober 1958 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Lins und Dr. Rupert Roth.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Bleyer, Dr. Josef Fink, Haunschmidt, Doktor Tončić, Tödling, Rosa Jochmann, Jonas, Hillegeist und Preußler.

An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Gruber tritt nach Mitteilung des Bundesministeriums für Inneres Herr Hans Kulhanek. Der Genannte ist im Hause erschienen. Ich werde daher sogleich seine Angelobung vor-

nehmen. Zuerst wird der Schriftführer die Gelöbnisformel verlesen. Hierauf wird das neue Mitglied die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche nunmehr den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Hetzenauer, um die Verlesung der Gelöbnisformel.

Schriftführer Dr. Hetzenauer verliest die Gelöbnisformel. — Abgeordneter Kulhanek leistet die Angelobung.

Präsident: Ich begrüße den neuen Herrn Abgeordneten herzlich in unserer Mitte.

Den eingelangten Antrag 72/A der Abgeordneten Lins und Genossen, betreffend Novellierung des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1948, BGBl. Nr. 146, über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, weise ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

Seit der letzten Haussitzung sind zwei Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Herren Antragstellern zugegangen sind. In der Kanzlei liegt ein Verzeichnis der beantworteten Anfragen auf, woraus Näheres ersesehen werden kann.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Hetzenauer, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dr. Hetzenauer:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschließung vom 23. Oktober 1958, Zl. 11.406/58, über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau Dr. Fritz Bock den Bundesminister für Finanzen Dr. Reinhard Kamitz mit der Vertretung des genannten Bundesministers betraut.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnissnahme die Mitteilung zu machen.

Julius Raab“

Von der Bundesregierung ist folgende Vorlage eingelangt:

Bundesgesetz, mit dem die Wertgrenzen im gerichtlichen Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen geändert werden (Wertgrenzennovelle 1958) (524 der Beilagen).

Die Vorlage wird dem Justizausschuß zugewiesen.

Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1959 (520 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1959.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich als Gegenredner der Herr Abgeordnete Koplenig. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Koplenig:** Meine Damen und Herren! Das Budget für das Jahr 1959, das heute in Behandlung genommen wird, gibt keine Antwort auf jene Fragen, die heute breite Schichten der Bevölkerung bewegen. Es umgeht wichtige und grundlegende Probleme der Arbeit und des Lebens unseres Volkes. Der Optimismus, mit dem der Finanzminister in seiner Rede am vorigen Mittwoch das Budget beurteilte, steht durchaus nicht in Einklang mit der Einschätzung der Lage durch die Bevölkerung, die vom Staat mit Recht erwartet, daß ihren Sorgen Rechnung getragen wird.

In erster Linie steht hier die Frage der Sicherung der Lebenshaltung. Mit ernster Besorgnis betrachten die Menschen, die vom Ertrag ihrer Arbeit leben müssen, die Entwicklung der Preise. Der willkürlichen und durch nichts begründeten Erhöhung der Inlandskohlenpreise sollen jetzt die Steigerung der Eisenbahntarife, die Verteuerung des Rundfunks folgen. Jedem ist bekannt, daß Kohlenpreise und Eisenbahntarife entscheidenden Einfluß auf die allgemeine Preisbildung haben. Zu dieser Entwicklung hat der Finanzminister kein Wort gesagt. Dafür ist er aber auf das schärfste jeder Lohn-erhöhung entgegengetreten. Dies widerspricht den Interessen des arbeitenden Volkes. Notwendig ist vielmehr, durch das Budget Vorsorge für eine ständige Hebung der Kaufkraft zu treffen, und dazu ist eine entsprechende Lohn- und Preispolitik erforderlich, nicht aber eine Politik, die durch Lohnsteuern und drückende indirekte Steuern den Arbeitenden einen bedeutenden Teil ihres Lohnes nimmt.

Als eine der wichtigsten Aufgaben des Budgets sehen wir Kommunisten die Sorge um die Sicherung des Arbeitsplatzes an. Wenn es heute Arbeitslose gibt, wenn trotz Hochkonjunktur Betriebe Arbeiter entlassen, wenn es Notstandsgebiete gibt, wie weite Teile Niederösterreichs und das Burgenland, so trifft die Verantwortung dafür nicht nur einzelne Unternehmer, sondern die Regierung.

An der Haltung der Regierung zu den brennendsten Sorgen der arbeitenden Bevölkerung erkennt man am besten, wem die Politik der Regierungsparteien dient. Solche Fragen sind die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich sowie die allgemeine Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre bei den Männern, auf 55 Jahre bei den Frauen. Darüber sagt das Budget nichts aus. Solange aber solche und viele andere dringliche Probleme der arbeitenden Bevölkerung ungelöst sind, besteht keinerlei Grund zu dem Optimismus, den Dr. Kamitz an den Tag gelegt hat.

Wir vermissen in diesem Budget Vorkehrungen für wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Notstandsgebiete. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß der Notstand in Niederösterreich, insbesondere im Wiener Neustädter Gebiet, dadurch verursacht wurde, daß mit Hilfe der Regierung und unter Einsatz außerordentlicher Mittel in verschiedenen Teilen des Westens Österreichs künstlich Konkurrenzbetriebe geschaffen worden sind, mit deren Hilfe die Betriebe in Niederösterreich systematisch zugrunde gerichtet wurden.

Und was das Burgenland betrifft, so glaubt man offenbar, die Untätigkeit und das Versagen der Regierung gegenüber diesem wirtschaftlich zurückgebliebenen Teil Österreichs

damit verschleiern zu können, daß man jetzt nicht mehr vom Notstandsgebiet, sondern vom „Hoffungsgebiet“ spricht. Dadurch, daß man dem Kind einen anderen Namen gibt, ist der burgenländischen Bevölkerung durchaus nicht geholfen!

Es scheint mir notwendig, hier einiges zu der grundsätzlichen Einstellung der Regierung zu den Wirtschaftsfragen unseres Landes zu sagen, wie sie mit besonderer Klarheit in der mündlichen Begründung des Budgets durch den Herrn Finanzminister zum Ausdruck gekommen ist. Nach seinen Worten ist alles in Österreich wunderbar: Wir haben mehr Gold und Devisen in der Nationalbank liegen, als es jemals der Fall war, die Großmächten des Kapitals an den Börsen von Zürich, London und New York betrachten Österreich als ihresgleichen oder, um es aus der Börsensprache in die Sprache des einfachen Mannes zu übersetzen, als ein gutes Spekulationsobjekt. Die Kapitalbildung ist Trumpf. Und damit sie rascher vor sich geht, sollen die Löhne gestoppt bleiben.

In seinen Ausführungen hat Dr. Kamitz Vergleiche zwischen der Preisentwicklung in Österreich und einigen westeuropäischen Ländern angestellt, bei denen Österreich besonders günstig abschneidet. Man muß sich aber fragen, warum es der Finanzminister unterlassen hat, einen ähnlichen Vergleich bezüglich der Löhne anzustellen. Er hätte dann nämlich gestehen müssen, daß in der Lohnentwicklung der österreichische Arbeiter hinter den Arbeitern in vielen der Vergleichsländer weit zurückgeblieben ist, also der Anteil des Arbeiters an der Konjunktur in Österreich viel geringer ist als in anderen Ländern.

Gestatten Sie mir, hier eine einzige Ziffer aus den Angaben des Instituts für Wirtschaftsforschung anzuführen: Nimmt man den Realverdienst je Leistungseinheit des Arbeiters im Jahre 1952, also vor dem Einsetzen der Hochkonjunktur, mit 100 an, so ist dieser im ersten Halbjahr 1957 auf 87,9 gesunken und seither sicher nicht gestiegen. In den Jahren der Hochkonjunktur ist also die Rate der Ausbeutung des Arbeiters beträchtlich gestiegen. Das ist das Ergebnis der gemeinsamen Politik der ÖVP und der SPÖ, wie sie im vorliegenden Budget zum Ausdruck kommt. Hier steckt das Geheimnis der Kapitalbildung, für die der Finanzminister mit solchem Nachdruck eintritt.

Ich glaube, Präsident Böhm hatte in mancher Hinsicht recht, als er in der Augustnummer 1957 von „Arbeit und Wirtschaft“ schrieb: „Die Investitionen werden über hohe Preise aus der Tasche des Konsumenten finanziert. Die breite Masse der Arbeiter und Angestellten schaft bezahlt die neuen Maschinen, die neuen

Fabrikshallen, die neuen Büroeinrichtungen in den Preisen der Waren. Infolge unserer Eigentumsordnung bleiben aber die Vermögen, die sich bilden, in den Händen einiger Unternehmer, die immer reicher werden, während bei den Arbeitern und Angestellten zwar die Lebenshaltung steigt, aber von Vermögensbildung keine Rede sein kann.“

Es ist aber keineswegs ein Naturgesetz, daß in einem Land, wo die Arbeiter und Angestellten die Mehrheit der Bevölkerung bilden und über eine so mächtige Organisation wie den einheitlichen Gewerkschaftsbund verfügen, die Ausbeutung der Arbeiter steigen muß, und zwar nicht nur durch die hohen Preise, sondern auch dadurch, daß der Lohnanteil am Produkt infolge der ständigen Leistungssteigerung im steten Sinken ist. Präsident Böhm schreibt zwar in der Zeitschrift der Arbeiterkammer richtige Worte über die zunehmende Ausbeutung, stimmt aber hier im Nationalrat mit seiner ganzen Fraktion für die Politik, die im Budget der Regierung zum Ausdruck kommt.

Alle sozialistischen Abgeordneten geben hier dem Budget ihre Unterstützung, dessen Hauptziel, wie Dr. Kamitz ausführte, die verstärkte Kapitalbildung ist. Was Kamitz darunter versteht, hat er vor seinen Freunden im Industriellenverband deutlicher gesagt als hier vor dem Parlament. In einer Rede, die er am 18. Mai 1957 vor Industriellen gehalten hat, erklärte Dr. Kamitz: „Bezüglich der Quellen, aus denen die Kapitalbildung gespeist wird, ist zu sagen, daß die Hauptquelle stets im Unternehmergewinn gelegen war und gelegen sein wird.“ Und in der gleichen Rede sprach Kamitz davon, daß das individuelle Sparen für die Kapitalbildung eine untergeordnete Rolle spielt. Er versetzte damit — vielleicht ungewollt — der Demagogie seiner eigenen Parteifreunde mit der Streuung des Kapitals durch Ausgabe der Volksaktien einen kräftigen und wohlverdienten Fußtritt. Kapitalbildung auf Kosten der Steuerzahler und insbesondere der Lohnempfänger, das ist die finanzpolitische Weisheit des Mannes, dem ÖVP und SPÖ das Finanzressort anvertraut haben.

Es ist nur logisch, daß aus dieser Auffassung heraus die Verteilung der Lasten in diesem wie in früheren Budgets durchaus zum Nachteil der arbeitenden Menschen ausfällt. Die Arbeiter und Angestellten bekommen heute nicht nur für ihre Arbeitsleistung weniger Geld, die gesteigerte Produktivität ist ja weder im Geldlohn, noch in der Dauer der Arbeitszeit abgegolten, sondern auch ihr Beitrag zum Staatshaushalt ist in stetigem Wachsen, denn die Steuerbelastung der sogenannten Unselbstständigen besteht ja nicht nur in ihrer Lohnsteuer, sie zahlen Umsatzsteuer, Grundsteuer

mit dem Mietzins und schließlich die beträchtlich hohen Sozialversicherungsbeiträge; sie zahlen Tabaksteuer, Biersteuer und alle indirekten Massensteuern. Mit Recht konnte „Arbeit und Wirtschaft“ im März dieses Jahres feststellen, daß die sozialen Errungenschaften der Unselbständigen weitgehend von der Arbeiterklasse selbst finanziert werden. Es handelt sich vielfach um eine Einkommensübertragung von den Jungen auf die Alten, von den Gesunden auf die Kranken, von den Arbeitenden auf die Arbeitslosen.

Die Sozialleistungen des Bundes werden also zum Großteil nicht vom Bund, sondern von den Sozialversicherten selbst getragen, die man jetzt zur Sanierung der Krankenkassen noch stärker belasten will. Besonders hart trifft die arbeitende Bevölkerung aber auch die indirekte Besteuerung. Ich glaube, daß es an der Zeit wäre, auf den Antrag zurückzukommen, den die sozialdemokratische Abgeordnete Emmy Freundlich im Jahre 1923 hier im Nationalrat einbrachte, nämlich die Befreiung der Grundnahrungsmittel von der Umsatzsteuer. Damit könnte eine bedeutende Entlastung des Arbeiterhaushalts und eine wesentliche Erleichterung für die Rentner geschaffen werden. Es ist ja schließlich nicht einzusehen, warum Jahr um Jahr insbesondere in Form der vorzeitigen Abschreibungen den Unternehmern Begünstigungen gewährt werden, während Brot, Milch und Fettstoffe mit der drückenden Umsatzsteuer belastet sind.

Das Budget betrachtet gewissermaßen den Unternehmer als Produzenten, den Arbeiter aber, der tatsächlich die Werte schafft, als einen Esser, dem man den Brotkorb möglichst hoch hängen soll. Er soll sich die Arbeitslosenunterstützung aus dem eigenen Sack zahlen, für seinen und der Rentner Krankenkassenaufwand und überdies noch für einen großen Teil des staatlichen Gesundheitsdienstes aus seiner Tasche aufkommen und für jede Semmel und jedes Häferl Milch die drückende Umsatzsteuer zahlen. Und zum Trost darf er sich dann Volksaktien kaufen und Broschüren über den Wohlfahrtsstaat lesen. Ungelöst aber bleiben die brennenden Fragen für die arbeitenden Menschen.

Ich habe bereits das Problem der Notstandsgebiete erwähnt. Die Frage der Bombenopfer, über die das Budget nichts sagt, bleibt auf der Tagesordnung, da die Bestimmungen des Kriegssachschädengesetzes sich bereits jetzt als vollkommen unzulänglich erwiesen haben und niemand bestreiten kann, daß die Bombenopfer gegenüber den westdeutschen Kapitalisten, denen ohne jede Gegenleistung 3 Milliarden Schilling geschenkt worden sind, auf das schwerste benachteiligt sind. Wir sind

der Auffassung, daß auch die von den Kriegsopfern und von einer Reihe von Gruppen der übrigen Rentner geltend gemachten Forderungen vollauf berechtigt sind und Berücksichtigung im Budget finden könnten und müßten.

Was mit den Opfern des Kampfes für ein freies und unabhängiges Österreich geschieht, kann man nicht anders bezeichnen als ein unsauberes Spiel. Von Jahr zu Jahr setzt sich der Finanzminister über den einstimmigen Parlamentsbeschluß, der eine Wiedergutmachung an den Opfern des Faschismus fordert, hinweg, immer wieder vertrösten Mitglieder dieses Hauses in den Reihen der Regierungsparteien die Nazi-Opfer und machen ihnen Hoffnungen — erfüllt wird nichts. Von der Erfüllung der menschlichen und moralischen Verpflichtungen gegenüber den Hitler-Opfern ist auch in diesem Budget nicht die Rede.

Kein Wort enthält das Budget über den 14. Monatsbezug der öffentlich Bediensteten, eine Forderung, deren Berechtigung wohl niemand in Abrede stellen kann. Eisenbahner und Postler leisten heute unter viel komplizierteren Verhältnissen Dienst als früher. Überall vollbringen weniger Beamte unter schwierigeren Bedingungen eine größere Leistung. Und da will man ihnen verweigern, was in der Privatwirtschaft längst verbrieftes Recht ist? Es geht hier weder um ein Geschenk noch um eine neue Forderung, denn die öffentlich Bediensteten mußten ja seinerzeit auf die volle Valorisierung ihrer Gehälter verzichten, weil ihnen der 14. Monatsgehalt versprochen wurde. Unserer Meinung nach liegt es an den Abgeordneten des Parlaments, die Regierung zu zwingen, das den öffentlich Bediensteten gegebene Versprechen endlich einzulösen.

Wie in jeder Budgetdebatte muß auch heuer wieder das Wohnungsproblem zur Sprache kommen. Die weitgehende Behebung der Kriegsschäden hat das Mißverhältnis zwischen der Zahl der vorhandenen Wohnungen und der Bevölkerung nicht beseitigt. Wien und die Industriestädte stehen nach wie vor vor dem ernststen Problem, daß zuwenig Wohnungen da sind und die vorhandenen Wohnungen keineswegs dem Wohnbedürfnis unserer Zeit entsprechen. Die Wohnungsfrage ist nach wie vor für weite Teile der Bevölkerung unlösbar, weil es eben ein Privileg des Geldbeutels ist, heute außerhalb des Wohnungsbaues der Gemeinden eine menschenwürdige Wohnung zu finden. Die Mitschuld der Regierung an diesen Verhältnissen liegt auf der Hand, denn das Verschwinden des Wohnungsanforderungsgesetzes und seines

mangelhaften Ersatzes war ja geradezu das Startsignal für die Wohnungswucherer, die sich den Bauch vollgelacht haben über die salbungsvollen Appelle zur Einsicht von seiten ihrer Partei, der ÖVP.

Die Lösung der Wohnungsfrage in Österreich steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Niemand macht sich die Illusion, daß sie leicht ist. Aber eines steht fest, und das möchten wir einleitend zum Budget zum Ausdruck bringen: Jeder Versuch, die Wohnungsfrage auf Kosten der Arbeitenden zu lösen, muß auf den schärfsten Widerstand der organisierten Arbeiterschaft stoßen! Was da unter dem Vorwand verschiedener Reformen und Abänderungen der gegenwärtigen Mietengesetzgebung, insbesondere des Mieterschutzes, vorgeschlagen wird, läuft letzten Endes nur auf eine einzige Maßnahme hinaus: auf die Senkung der Lebenshaltung durch Verteuerung der Wohnungen und auf die Senkung der an sich niedrigen Wohnkultur durch engeres Zusammenrücken, was durch die steigenden Mieten erzwungen werden soll. Das Aufgeben wichtiger Gesetze, wie zum Beispiel des Wohnungsanforderungsgesetzes, durch das kampflose Zurückweichen der SPÖ vor dem Hausherrendruck hat die Voraussetzungen für diese Offensive gegen die Wohnungsuchenden geschaffen.

In seiner Einbegleitungsrede zum Budget hat Dr. Kamitz davon gesprochen, daß die Hauptsache der Mensch und nicht die Ziffern seien. Schaut man sich aber das Budget an, so merkt man wenig von einer Würdigung des Menschen. Seine Leistungen als Arbeiter werden unterbewertet, sein Wunsch nach einem gesicherten Alter mit einer anständigen Rente wird nur zum kleinen Teil befriedigt, sein Recht auf eine Wohnung von seinem Geldbeutel abhängig gemacht.

Und wie sieht es mit der Schule aus? Vor kurzem haben die Eltern in Mannswörth im Gemeindegebiet von Schwechat in Niederösterreich einen Schulstreik durchgeführt, weil ein Lehrer abgezogen worden war und die Kinder in einer überfüllten Schulklasse zurückgelassen wurden. (*Abg. Horn: Das stimmt nicht! Die Klasse ist nicht überfüllt!*) Nicht anders als dort ist es in anderen niederösterreichischen Orten, wo über 40 Kinder in einer Klasse zusammengepfercht werden, weil es angeblich an Lehrern mangelt. In Wirklichkeit aber mangelt es an einer Finanzpolitik, die für die Schule wirkt und nicht gegen die Schule gerichtet ist.

Die Öffentlichkeit ist durch die Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft darüber informiert worden, welche vorsintflutlichen Zustände an einer der wichtigsten

Ausbildungsstätten für den mittleren technischen Kader, am Technologischen Gewerbemuseum in Wien, bestehen und unter welchen Umständen an der Montanistischen Hochschule in Leoben und an vielen Mittelschulen Österreichs, zum Beispiel in Graz, unterrichtet wird, wo die Eltern auf der Straße mit Sammelbüchsen für einen Schulneubau herumgehen. Das sind Anklagen gegen die Finanzpolitik der Regierung, die nicht wir Kommunisten allein erheben, sondern mit uns die besten Vertreter der österreichischen Kultur aus allen politischen Lagern.

Und ist es vertretbar, daß, wie es im Burgenland der Fall ist, nur ein knappes Drittel der Schulpflichtigen überhaupt in die Hauptschule kommt, alle anderen aber in der Volksschule ihre gesamte Ausbildung fürs Leben erhalten? Man spricht viel von einer Überwindung des wirtschaftlichen Notstandes im Burgenland, ja sogar von der Industrialisierung. Aber woher will man die Facharbeiter nehmen, wenn die Kinder eine so geringe Schulbildung erhalten?

Diese Beispiele müßten genügen, um zu zeigen, wie wenig dieses Budget für den Menschen sorgt, von dem der Finanzminister sprach. Die Fragen der Kultur und der Volksbildung, sagen die Verteidiger der Regierungspolitik, müßten eben hinter den wirtschaftlichen Fragen zurückbleiben, deren Lösung Hauptaufgabe des Staates ist.

Wie schaut es aber mit der Lösung dieser wirtschaftlichen Aufgaben aus? Betrachtet man die Gesamtheit der österreichischen Industrie, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat, so kann man nicht an der Tatsache vorübergehen, daß in der Entwicklung zwischen den einzelnen Teilen unserer Wirtschaft ernste Widersprüche bestehen. Es genügt, die Zusammensetzung des österreichischen Exports zu betrachten, um das zu erkennen. Einen für ein Industrieland unverhältnismäßig hohen Prozentsatz unserer Ausfuhr nehmen Rohstoffe und Halbfabrikate der Grundstoffindustrie ein, vor allem Eisen und Stahl. Hingegen ist der Export der verarbeitenden Industrie verhältnismäßig gering, und auf dem Innenmarkt ist sie schwer bedrängt durch die westdeutsche Konkurrenz. Man muß sich ernstlich fragen, ob dieser Zustand nicht Folge von Fehlinvestitionen oder, besser gesagt, von planlosen Investitionen gewesen ist, die nicht die Gesamtentwicklung der österreichischen Wirtschaft, sondern lediglich die Ausnützung der Konjunktur des Kalten Krieges im Auge hatten.

Die Folge dieser mangelnden Planung ist im Laufe des Jahres 1958, als sich die amerikanischen Wirtschaftsrückschläge auf dem

Weltmarkt auszuwirken begannen, mit großer Klarheit zutage getreten. Es wird wohl im Laufe der Budgetdebatte Gelegenheit sein, mit Zahlen und Tatsachen auf die Fragen unserer Wirtschaftspolitik zurückzukommen. Von seiten der Regierung wird ein Mangel dieser Politik offen zugegeben, weil er einfach nicht mehr geleugnet werden kann: die katastrophale Vernachlässigung der Investitionen in Niederösterreich und im Burgenland.

Weniger gewillt ist man aber, andere, nicht weniger gewichtige Schwächen zuzugeben, vor allem die Hauptschwäche, die in der einseitigen Bindung der österreichischen Wirtschaft an die westdeutsche besteht. Es kann doch nicht als normal betrachtet werden, daß in der Zeit von Jänner bis Juli dieses Jahres fast doppelt soviel Waren aus Westdeutschland eingeführt wurden, als dorthin österreichische Waren gelangten. Es kann doch nicht als normal angesehen werden, daß wir im gleichen Zeitraum aus den USA sogar die dreifache Menge dessen eingeführt haben, was dorthin ausgeführt wurde. Hier steckt eine ernste Gefahr. Aus Westdeutschland wird nichts nach Österreich eingeführt, was nicht bei uns selbst erzeugt würde. Von Voith-Turbinen bis zu Kühlchränken, von Nylonstrümpfen bis zu Schachtelkäse sind das lauter Produkte, die unsere verarbeitende Industrie und unsere Fertigwarenindustrie herstellt.

Bei der amerikanischen Einfuhr spielen die sogenannten landwirtschaftlichen Überschußgüter eine ganz besondere Rolle, vor allem Futtermittel. Die starken Importe aus Ländern, die so wenig Interesse dafür zeigen, österreichische Waren zu kaufen, wenn es sich nicht gerade, wie bei Westdeutschland, um elektrischen Strom handelt, den wir tief unter den Weltmarktpreisen liefern, haben schwere nachteilige Folgen für den gesamten Außenhandel. Es ist ja ohne weiteres klar, daß der internationale Handel vor allem Warenverkehr ist, Warenaustausch, und daß eine vernünftige Handelspolitik es notwendig macht, aus den Ländern Waren einzuführen, wohin wir exportieren wollen. Aber bisher ist eine solche vernünftige Handelspolitik nicht betrieben worden, sondern man hat den österreichischen Außenhandel an die westdeutsche Wirtschaft gekoppelt; und dort, im Lande des „Wirtschaftswunders“, liegen jetzt 10 Millionen Tonnen Kohle auf den Halden, wissen die Textilfabrikanten nicht, wohin sie mit ihren Lagerbeständen sollen. Sie suchen den Weg für ihre Waren nach Österreich und finden ihn umso leichter, als deutsche Kapitalisten tief drinstecken in der österreichischen Industrie und im Handel. So sollen jetzt die

Schwierigkeiten in der westdeutschen Wirtschaft wenigstens zum Teil auf das kleine Österreich abgeladen werden.

Ist das alles einfach die Folge des Umstandes, daß unser Außenhandel nicht geplant wird, daß es keine wirkliche Außenhandelspolitik gibt? Leider nein. Die Schwächen dieser Außenhandelspolitik sind nicht die Folge einer mangelnden Planung, sondern das Ergebnis eines Planes, die Bindungen Österreichs mit einer Reihe westlicher Industrieländer, die direkte Konkurrenten Österreichs auf dem Weltmarkt sind, zu verstärken und der Verbindung mit diesen Ländern die Möglichkeiten einer Ausdehnung des Handels mit den sozialistischen Ländern zu opfern. Hier macht sich zunächst die abstoßende Liebedienerei der österreichischen Außenhandelspolitik vor den amerikanischen Forderungen bemerkbar, den Handel mit den sozialistischen Staaten, insbesondere aber mit China, weitestgehend zu boykottieren.

Diese Fragen des Außenhandels sind derart eng mit der Sicherung des Arbeitsplatzes verbunden, daß es tatsächlich notwendig wird, daß hier die Arbeiterorganisationen ein gewichtiges Wort sprechen und es nicht den Gebietsräten der Wirtschaftskammern überlassen, die Politik des österreichischen Außenhandels zu bestimmen. Hier steht der Arbeitsplatz auf dem Spiel, der durch die Unterwerfung unter die westdeutsche Handelspolitik ernstlich gefährdet ist.

Wohl steht es heute bereits fest, daß die vielgepriesene Freihandelszone am 1. Jänner 1959 nicht gebildet wird, aber es ist trotzdem notwendig, sich mit diesem Plan wieder zu beschäftigen. Der Plan der Initiatoren der Freihandelszone Österreich gegenüber ist klar. Sie möchten gerne aus Österreich sozusagen ein Burgenland der Freihandelszone machen, ein Reservoir von Arbeitskräften und vielleicht sogar von Industrieanlagen, die man gelegentlich, wenn sonst schon alles ausgelastet ist, in Betrieb nimmt.

Erinnern wir uns doch der Ankündigungen, daß man die sozialen Verhältnisse der Freihandelszone einander anpassen werde, daß volle Freizügigkeit für den Arbeiter innerhalb der Zone bestehen soll und was da sonst noch ausgeplaudert wurde! Und es ist heute aktuell geworden, daß immer, wenn man für Forderungen der arbeitenden Bevölkerung auftritt, sei es nun in der Arbeitszeitfrage, in der Lohnfrage oder in einer anderen Frage, die Ablehnung dieser Forderungen damit begründet wird, daß wir uns auf die Freihandelszone vorbereiten müßten.

Einen wichtigen Punkt des Staatsvoranschlages für das kommende Jahr bilden die Anleihen. Die Höhe des Defizits ist ganz offensichtlich so berechnet worden, daß dem Laien eine unbedingte Notwendigkeit vor Augen geführt wird, mit Anleihen zu wirtschaften. Es ist in der Presse, darunter auch in der Presse der Regierungsparteien, Kritik an der Tatsache geübt worden, daß Ausgaben, zu denen die Regierung gesetzlich verpflichtet ist, auf das außerordentliche Budget abgeschoben worden sind, also nicht aus den laufenden Einnahmen, sondern aus außerordentlichen Einnahmen bezahlt werden sollen. Damit ist dem Finanzminister ein Druckmittel in die Hand gegeben, die Ausgaben für Bauten und so weiter weitgehend zu drosseln oder sie von der Gewährung ausländischer Anleihen abhängig zu machen.

Wir Kommunisten verstehen sehr wohl, daß ein Staat genötigt sein kann, Anleihen aufzunehmen, im Inland wie im Ausland. Aber was sich jeder einfache Staatsbürger fragt, ist: Warum sind Anleihen notwendig, wenn in der Nationalbank, wie der Finanzminister mitteilte, Gold und Devisen in Mengen liegen, die weit über die notwendige Deckung der Währung hinausreichen? Wer geht sich Geld ausborgen, wenn er selber reichlich Geld besitzt? Diese einfache Frage hat der Herr Finanzminister unbeantwortet gelassen.

Aber wir wollen uns nicht so sehr mit der Antwort auf diese Frage beschäftigen wie vielmehr mit den Erfahrungen, die Österreich bisher mit Anleihen gemacht hat. Dabei ist es nicht einmal notwendig, auf die zwanziger Jahre zurückzugreifen, auf jene Zeit, in der Österreich im Zeichen der Genfer Anleihen stand und auf große Teile seiner wirtschaftlichen und politischen Souveränität verzichtete, als es sich der Kontrolle des Völkerbundkommissärs Zimmermann unterwarf. Bleiben wir bei den Erfahrungen der Zweiten Republik. Ich nehme nur zwei Beispiele.

Unsere Energiewirtschaft ist ein gewaltiges Investitionsgebiet, und es ist klar, daß die Kraftwerksbauten, insbesondere jene zur Ausnützung unserer Wasserkräfte, Mittel erfordern, die eine Generation nicht aufbringen kann, daß also der Aufwand für solche Werke auf dem Wege von Anleihen auf mehrere Generationen aufgeteilt werden muß. Aber erinnern wir uns an die Bedingungen der Weltbankanleihe für Reißbeck-Kreuzeck. Ich spreche nicht von Verzinsung und so weiter, sondern von den mit der Anleihe verbundenen anderen Lasten. Da ist zum Beispiel die Verpflichtung, einen großen Teil der Ausrüstung des Werkes in Italien zu bestellen. Die Anleihe wurde ja bekanntlich zum Großteil in italienischen Lire

gewährt, die nirgends anderswo anzubringen sind als in Italien selbst. Diese Anleihe war also mit für Österreich ungünstigsten Bedingungen gekoppelt. Wir erinnern uns auch, daß eine zweite Anleihe für den Kraftwerksbau an die Bedingung geknüpft war, daß die Stromtarife in Österreich erhöht werden, also daß sich der Anleihegeber direkt in die inneren wirtschaftlichen Angelegenheiten unseres Landes eingemischt hat.

Es sei noch an die Schweizer Anleihe für die Bundesbahnen erinnert, die keineswegs die Möglichkeit gab, daß die Bahn die dringlichsten Arbeiten vornehme, sondern genau und in allen Einzelheiten an die Durchführung von Arbeiten gebunden war, bei denen man sich fragen muß, ob sie nicht der Schweiz besser dienen als Österreich.

Diese Beispiele genügen wohl, um darzutun, daß bisher die Anleihopolitik der Bundesregierung eine Politik der Unterwerfung unter Bedingungen der Weltbank war. Wenn Auslandsanleihen, wie dies bei der Kraftwerksanleihe für Reißbeck-Kreuzeck der Fall war, große Werte der freien Verfügung Österreichs entziehen, so ist das kein Vorteil, sondern ein Nachteil für die Österreicher von heute.

Wenn, wie man hört, Anleihen für den Ausbau der Donaukraftwerke an die Bedingung geknüpft werden, daß das österreichisch-tschechoslowakische Gemeinschaftskraftwerk an der Donau nicht gebaut werde und daß das im Prinzip beschlossene Stromaustauschabkommen mit der tschechoslowakischen Republik nicht erfüllt wird, so bedeutet eine solche Anleihe die Belastung Österreichs mit einer falschen und gefährlichen Politik des Kalten Krieges auf Generationen hinaus.

Wir sehen in der unbestreitbaren Tatsache, daß unter dem Druck ausländischer Anleihegeber Tarifierhöhungen erfolgt sind, eine besonders gefährliche Konzession an das Auslandskapital, dem so die Möglichkeit gegeben wird, sich nicht nur in die österreichische Tarifpolitik, sondern auch in Fragen der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes einzumischen.

Schließlich zeigt bereits das vorliegende Budget eine Steigerung des Aufwandes für den Zinsendienst der Staatsschuld um 440 Millionen Schilling. Die Belastung unserer Generation ist also im Steigen, weil die Anleihen vielfach zu Wucherzinsen begeben werden und überdies die Banken noch hohe Beträge für die Unterbringung der Anleihen kassieren.

In den einleitenden Ausführungen des Finanzministers wurde der verstaatlichen Betriebe keine Erwähnung getan. Aber fast gleichzeitig mit seiner Rede hat sich der Staatssekretär Withalm öffentlich dafür feiern

lassen, daß er in den zwei Jahren seiner Amtstätigkeit so viel Staatseigentum an Private verkaufen ließ. Der Bundeskanzler selbst, dem ja die verstaatlichten Betriebe unmittelbar unterstellt sind, hat in einer seiner letzten Reden ein nachdrückliches Bekenntnis zu seinem Vorgänger und Parteifreund Prälat Dr. Seipel abgelegt, dessen Amtszeit, wie bekannt, die Zeit der Veräußerung und Verpfändung von Staatseigentum war. Die Fragen der Sicherung und Entfaltung der Verstaatlichung und der verstaatlichten Betriebe bleiben daher auf der Tagesordnung, und die Arbeiterschaft wird scharf darüber zu wachen haben, daß unter keinen Umständen mit Seipel-Methoden vorgegangen wird.

Wir haben in der letzten Zeit auf Plakaten und in Zeitungsinseraten eine beherzigenswerte Losung finden können: Denkt österreichisch! Sie ruft auf, nicht ausländische Waren, sondern gleichwertige österreichische Erzeugnisse zu kaufen. Es wäre aber gar nicht schlecht, wenn sich die Regierung und die Parteien, die sie bilden, diese Losung zu Herzen nähmen, zunächst vor allem beim Einkauf von Waren. Wen hat es nicht gewundert, daß eine der Turbinen von Ybbs-Persenbeug nicht österreichisches, sondern italienisches Erzeugnis ist? Wen wundert es nicht, daß die österreichische Petrochemie, der Weg zur rationalen Verwertung unseres Erdgasreichtums, mit italienischem und westdeutschem Kapital aufgebaut wird? Das sind nur ein paar Beispiele; von denen gibt es mehrere! Vor allem aber fragt man sich, ob es österreichisch denken heißt, wenn unsere gesamte Wirtschaftspolitik dem zweifelhaften Ziel eines Europamarktes und nicht den eigenen Interessen Österreichs untergeordnet wird.

Österreichisch denken heißt aber auch, eine Außenpolitik zu betreiben, die stets unser Land und seine Interessen im Auge hat. Wir Kommunisten, die wir für die Neutralität Österreichs eingetreten sind, als das noch geradezu als Hochverrat galt, haben jeden Schritt von ganzem Herzen unterstützt, der der Neutralität und der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Ländern dient. Wir waren uns auch darüber klar, daß der zweite Staatsbesuch der Bundesregierung in Moskau und die Besuche einzelner Ressortminister große Bedeutung für unser Land und für seine Stellung in der Welt haben.

Aber in der Bundesregierung bestehen darüber offenbar verschiedene Ansichten. Anders wäre es nicht zu erklären, daß der Innenminister und stellvertretende Parteiobermann der SPÖ, Helmer, in der letzten Nummer der Zeitschrift „Die Zukunft“ einen giftspritzenden

Artikel gegen alle jene losgelassen hat, die Besuche in der Sowjetunion machen. Wie Helmers Parteifreunde Dr. Pittermann, Dr. Kreisky, Proksch, Dr. Tschadek, Dr. Stephani zu dieser Abkanzlung durch den Innenminister stehen, müssen sie wohl selber sagen.

Es erscheint uns aber doch höchst bedenklich, daß ein Mitglied der Bundesregierung über ein Land herzieht, dessen Freundschaft das offizielle Österreich sucht und braucht. Man komme uns nicht damit, daß die Neutralität die persönliche Freiheit in keiner Weise beschränken darf. Hier handelt es sich um ein Mitglied der Regierung, das seine Stellung dazu mißbraucht, um sich in den Kalten Krieg einzuschalten und die Außenpolitik der Regierung in ein Zwielicht zu stellen, was nicht im Interesse Österreichs gelegen sein kann.

Meine Damen und Herren! Wir Kommunisten geben uns auf Grund der Erfahrungen nicht der Illusion hin, daß in der Budgetdebatte eine ernste, sachliche Auseinandersetzung mit unserer Kritik und mit den Argumenten, die wir vorbringen, erfolgen wird. Man kann nicht erwarten, daß die Regierungsparteien von ihrer bisherigen, unserer Meinung nach nicht sehr demokratischen Übung abgehen werden, umsoweniger, als ja die Führer der beiden Regierungsparteien durch den Koalitionsvertrag gebunden sind und die Abgeordneten dieser Parteien ohne die Zustimmung der anderen Fraktion keine Abänderungen vorschlagen dürfen. Aber das kann und wird uns Kommunisten nicht daran hindern, bei den Budgetberatungen so wie immer die Interessen der arbeitenden Menschen, die Interessen der werktätigen Bevölkerung unseres Landes zu vertreten.

Präsident: Der nächste vorgemerkte Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Maleta. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Maleta: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Bundesvoranschlag ist ein Spiegelbild der österreichischen Wirtschaft und der sie steuernden, von Regierung und Parlament geformten Wirtschaftspolitik. Daher ist die Generaldebatte zum Budget der gegebene Anlaß, die Grundgedanken dieser Wirtschaftspolitik darzulegen und ihre praktischen Auswirkungen zu untersuchen. Diese grundsätzliche Durchleuchtung ist auch deshalb wichtig, weil die Koalitionsregierung von zwei Parteien getragen ist, die zwar aus allgemeinen politischen Erwägungen sich zur Zusammenarbeit entschlossen haben, jedoch in ihren wirtschaftlichen Auffassungen weitgehend auseinanderklaffen. Der Bundesvoranschlag einer solchen Koalitionsregierung spiegelt somit automatisch den Widerstreit der Meinungen. Er macht es

erforderlich, daß anlässlich der Budgetdebatte die gegensätzlichen Auffassungen selbst zur Diskussion gestellt werden.

Als Sprecher der Volkspartei kann ich mit Bestimmtheit sagen: Der Bundesvoranschlag 1959 ist in seiner wesentlichen Grundstruktur vom Geist der Volkspartei bestimmt und erfüllt. Es ist der Geist einer Politik der wirtschaftlichen Wahrheit, des sozialen Verantwortungsbewußtseins und des sich daraus ergebenden Vertrauens zwischen dem Staat, der über die Währung und ihren Wert verantwortlich wacht, und dem Staatsbürger, dessen wirtschaftliche Existenz von der Erhaltung des Geldwertes und der Stabilität des Lohn- und Preisgefüges abhängt. Es ist jener Geist, der die österreichische Wirtschaftspolitik seit der Einstellung des Marshall-Planes prägte und sie auf eigene Füße stellte. Es ist jener Geist, der unter der Bezeichnung Raab-Kamitz-Kurs — die nicht von uns, sondern vom politischen Gegner stammt — zu einem Begriff der österreichischen Innenpolitik geworden ist und Österreich in der ganzen Welt jenes Ansehen verschaffte, das dazu beitrug, daß unser Land heute als gleichberechtigter Partner im internationalen Geschehen betrachtet und als wirtschaftlich konsolidiert und kreditwürdig angesehen wird. Es ist jener Geist, der ein österreichisches Wirtschaftswunder sich vollziehen ließ in einem Staat, von dem es vor 1938 hieß, daß er nicht lebensfähig sei. Das neue gesunde österreichische Selbstbewußtsein beruht daher nicht zuletzt auf dieser von uns gesteuerten Politik.

Vergessen wir doch nicht, meine Damen und Herren, wie sehr es heute in ganz Österreich bereits wieder eine große Schicht von Menschen gibt, die etwas erworben haben, die dementsprechend etwas zu verlieren haben und die vom Staat und seiner Finanzpolitik erwarten, daß ihr neuerworbener Besitz nicht gefährdet wird, sondern gesichert bleibt. Es kann kein Zufall sein, daß sich seit 1953 in Österreich die Spareinlagen vervielfacht haben und auf insgesamt 20 Milliarden Schilling angestiegen sind. Und erst kürzlich hörten wir, daß derzeit in Österreich 750.000 Kraftfahrzeuge laufen und man die Führerscheinprüfung für Mopeds deshalb nicht rückwirkend einführen konnte, weil sich im Laufe der letzten Jahre mehr als 300.000 Menschen in Österreich ein Moped kaufen konnten. Wir wissen schließlich, daß 1952 in Österreich Anleihen im Gesamtwert von 7,7 Milliarden Schilling gezeichnet und zehntausende Menschen Wertpapierbesitzer wurden.

Ein geradezu imposanter Beweis für die Richtigkeit dieses Wirtschaftskurses ist die Verlautbarung des Instituts für Wirtschafts-

forschung, wonach die sogenannten Masseneinkommen, in denen Löhne, Gehälter, Pensionen, Renten und Unterstützungen zusammengefaßt sind, derzeit einen Wert von 60 Milliarden Schilling repräsentieren. Sie sind somit seit 1950 um 162 Prozent, bei Berücksichtigung der Preissteigerungen um 78 Prozent gestiegen. Hier sind im Zeichen des Wirtschaftskurses der Volkspartei echte Werte entstanden und geschaffen worden. Wir sind davon überzeugt, daß alle diese Menschen Verständnis für unser Leitmotiv haben, wenn wir sagen: Keine Experimente! Keine utopischen Wirtschaftspläne, die noch nirgends bewiesen haben, daß sie den Lebensstandard heben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Auch international hat sich die Richtigkeit jener Grundsätze erwiesen, die Gemeingut aller christlich-demokratischen Parteien Europas sind. Ich erinnere mich daran, vor Jahren ein Wort gehört zu haben, das in seiner propagandistischen Formulierung einem Dogma zu gleichen schien. Es hieß: Europa wird sozialistisch sein, oder es wird überhaupt nicht sein! Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß dieses Wort nicht Wirklichkeit geworden ist, denn das allmähliche Zusammenwachsen Europas zu einer wirtschaftlichen Einheit vollzieht sich nicht unter dem Vorzeichen der Austerität sozialistischer Planwirtschaft, sondern nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, wie sie von uns vertreten wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) Europa konnte, abgesehen von der Initialzündung der amerikanischen Wirtschaftshilfe, nur deshalb wirtschaftlich erstarken, weil die Wirtschaft in den einzelnen Staaten die Kraft gefunden hat, bürokratische Hemmungen und Planungen, Zollbarrieren und Verkaufsschranken niederzureißen und sich nach den gesunden Gesetzen des Wettbewerbs zu messen. Deshalb, weil unser Wirtschaftskurs sich innerstaatlich als richtig erwies, aber auch deshalb, weil er uns nicht zwingt, beiseite zu stehen, sondern uns am allgemeinen wirtschaftlichen Aufstieg der europäischen Völker teilnehmen läßt, bekennen wir uns nach wie vor zu ihm, verteidigen wir seine Grundgedanken bei den Auseinandersetzungen um das Budget.

Man hätte seinerzeit auch anders können, wenn die Mehrheit in diesem Hause nicht der Volkspartei, sondern den Sozialisten zugefallen wäre. Man hätte eine Politik des Dirigismus, der Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung und nicht der Steuersenkung, sondern der Steuererhöhung betreiben können. Wir hätten statt einer Wirtschaftspolitik der Nüchternheit und Wahrheit, der Schaffung von echten Werten eine Wirtschaftspolitik

des „Als ob“, der Utopien führen können. Mit Fug und Recht kann man also sagen, daß die Nationalratswahlen der Jahre 1953 und 1956 eine Volksabstimmung über diesen Wirtschaftskurs waren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind auch davon überzeugt: Würde man heute, losgelöst von jeder parteipolitischen Auseinandersetzung, eine Volksabstimmung durchführen, in der völlig leidenschaftslos und sachlich einzig und allein die Frage zur Entscheidung stünde, ob dieser Kurs fortgesetzt werden soll oder nicht, dann würden sich nicht 50 bis 60 Prozent, sondern ein noch viel höherer Prozentsatz der Wähler ohne Unterschied der Parteirichtung, der sozialen Herkunft und des Berufes für diesen Kurs entscheiden und der Parole „Keine Experimente!“ folgen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zechtl: Abgepaust in Kiel!)*

Meine Damen und Herren! Auch das vorliegende Bundesfinanzgesetz 1959 ist nach den Grundsätzen dieser Politik gestaltet. Es ist die Etappe 1959 des Kurses der Stabilität, an dem festzuhalten gerade heute höchste Verpflichtung für uns alle ist. *(Abg. Doktor Migsch: Das glaube ich auch!)* Auch ein scheinbar unpopuläres Neinsagen zu populären Forderungen ist vielleicht gerade deshalb verantwortungsbewußte Politik für alle arbeitenden Schichten unseres Volkes. „Keine Experimente!“ heißt Erhaltung der Kaufkraft der Löhne, der Gehälter, der Renten, heißt Sicherheit der Spareinlagen, weitere Hebung des Lebensstandards, heißt Sicherung des alten und Schaffung neuen Eigentums. Die Wirtschaftspolitik der Volkspartei ist eine wahre Volkspolitik; sie steht nicht im Dienste einiger weniger auserwählter Schichten, sondern sie ist das tragende Fundament und die Voraussetzung einer echten Sozialpolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn ich daher heute im Namen der Volkspartei der Zustimmung zu diesem Bundesfinanzgesetz Ausdruck gebe, so ist dies mehr als ein routinemäßiger Vorgang, nämlich ein Bekenntnis zu einer echten Grundsatzpolitik.

Es wäre aber selbstgefällig, wenn wir uns mit einer Rückschau in die Vergangenheit begnügen wollten, vielmehr müssen wir erkennen, daß uns allen in diesem Hause eine Verpflichtung für die Zukunft auferlegt ist; denn die Mahnung, daß alles, was seit 1945 geschaffen wurde, täglich aufs neue verteidigt werden muß, ist keine leere Phrase. Diese Verteidigung können wir nicht allein dem Finanzminister überlassen. Dieser hat in seiner Budgetrede den Nationalrat in eindringlichen Worten daran erinnert, bei Beschlußfassung von Gesetzen, die neuerlich die finanziellen Verpflichtungen des Staates

dauernd erhöhen, mit größter Vorsicht vorzugehen.

Im Namen der Volkspartei stelle ich mich voll und ganz hinter diese Mahnung des Finanzministers. Die Qualität eines Parlaments hängt nicht von der Quantität der verabschiedeten Gesetze ab. *(Abg. Stendebach: Diese Gesetze sind doch in der Koalition zustandegekommen!)* Sie kommen schon noch an die Reihe! Das Ansehen eines Parlaments ist abhängig von seiner äußeren Popularität, die es durch entsprechende Beschlüsse leicht und schnell erringen könnte. Der Volksmund weiß, was er mit den Worten sagt: Ein Schelm ist, wer mehr verspricht, als er besitzt. *(Beifall bei der ÖVP. — Ironische Zustimmung bei den Sozialisten.)* Dazu könnten Sie die Kommentare in Ihren Zeitungen lesen! *(Abg. E. Fischer: Das „österreichische Meisterwerk“ für die Bombenopfer! — Ruf bei der ÖVP: Nur keine Fischerei!)* Sie sollen ganz ruhig sein! Schauen Sie lieber nach den Oststaaten! *(Erneuter Zwischenruf des Abg. E. Fischer.)* Reden können Sie, aber interessieren tut es niemand! *(Zwischenrufe.)* Ein Politiker aber, der Unmögliches verspricht, ist sicherlich ein Demagoge. Dies auszusprechen schien mir gerade heute wichtig, denn neuerlich müssen wir, meine Damen und Herren, wie schon so oft, erkennen, daß die Sozialistische Partei keine einheitliche grundsätzliche Haltung zur Wirtschaftspolitik vertritt. *(Abg. Dr. Migsch: Aber, aber!)* Kaum hat sie sich nach monatelangen Verhandlungen im Schoße der Regierung zu diesem Budget bekannt, unterzieht sie es schon der Kritik und bekennt sich zu Forderungen, die den Voranschlag in seinen ziffernmäßigen Ansätzen zu zerreißen drohen. Dabei ist es für jeden wirtschaftlich Einsichtigen klar, daß der gerade noch zu verantwortende Ausgabenplafond erreicht ist, denn die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung kann nicht ständig in dem bisherigen rasanten Tempo weitergehen, weil sich die Wirtschaft seit dem Jahre 1954 bis heute konsolidiert hat und der Hunger nach Wirtschaftsgütern weitgehend gesättigt ist. Es verringert sich die Steigerungsfähigkeit der Produktion und damit auch das Tempo in der ständigen Erhöhung der Staatseinnahmen. Darum müssen wir aus Gründen der wirtschaftlichen Erfolge eine gewisse Atempause einschalten, bis das Sozialprodukt neuerlich so weit gestiegen ist, daß wir in der Lage sind, aus dem wieder angefüllten Topf der Einnahmen weitere Erhöhungen der Ausgaben vorzunehmen.

Die Sozialistische Partei muß daher folgende Frage klar beantworten: Ist sie als

mitverantwortliche Regierungspartei gewillt, unseren Kurs der Stabilität, der nicht zuletzt breitesten Schichten auch ihrer Wähler Wohlstand und Hebung des Lebensstandards gebracht hat, zu vertreten, oder beabsichtigt sie aus propagandistischen und wahltaktischen Gründen Forderungen zu vertreten, die im Augenblick zwar populär sind, automatisch aber das gesunde Wirtschaftsfundament Österreichs gefährden, somit zwangsläufig zu einer Verschärfung der politischen Gegensätze führen würden?

Ich möchte aber nicht von Ihnen der Demagogie bezichtigt werden, indem ich behaupte (*Ruf bei den Sozialisten: Das ist ja nichts Neues!*) — so gut wie Sie kann ich es noch lange nicht —, daß die Unklarheiten und Widersprüche des sozialistischen Verhaltens gegenüber unserer Wirtschaftspolitik lediglich auf propagandistische und wahltaktische Überlegungen zurückzuführen seien. Es scheint mir doch so zu sein, meine Damen und Herren, als ob über die von der SPÖ zu vertretenden Grundsätze Unklarheiten im neuen sozialistischen Programm bestünden. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Denn wie anders könnte man sich sonst die wechselnde Zustimmung und Ablehnung zu bestimmten wirtschaftlichen Leitsätzen erklären?

In der letzten Zeit ist es Mode geworden, sich Vergleiche aus dem Weltenraum zu holen. So könnte man die sozialistische Wirtschaftspolitik mit einem Sputnik vergleichen, der um den unverrückbar vorgezeichneten Raab-Kamitz-Kurs kreist (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. E. Fischer: Sie mit einer Mondrakete! — Heiterkeit und weitere Zwischenrufe.* — *Abg. Dr. Gorbach: Die Mondrakete hat den längeren Atem!*) — jedenfalls sind Sie jetzt nicht die ersten und nicht die weitesten —, einmal von ihm magisch angezogen und ihn übersteigend, dann wieder von ihm abgestoßen und sich überschlagend.

Sie wollen, daß wir dafür einen Beweis bringen — nur einen Augenblick, meine Herren! Ein österreichischer Politiker sagte am 22. November 1957 folgendes: „Eine im Dienste der Gehalts-, Lohn- und Rentenempfänger wirkende Wirtschaftspolitik muß aufs stärkste an der Stabilisierung der Preise und damit an der Erhaltung oder Steigerung der Kaufkraft interessiert sein. Es ist für die Interessen der Lohnempfänger, aber auch der Gesamtwirtschaft günstiger, eine möglichst große Stabilität des Preisgefüges zu sichern, denn darauf beruht die Erhaltung der Kaufkraft der Spargelder, der Pensionen und Löhne.“ Und wer war dieser österreichische Politiker? Es war der sozialistische Parteiboss Dr. Bruno Pittermann, der gleiche Parteiboss, der jetzt die Forderung nach

einer empfindlichen Erhöhung der öffentlichen Tarife vertritt, die ohne Zweifel die Stabilität der Wirtschaft zerschlagen und damit die Kaufkraft der Spargelder, Pensionen und Löhne gefährden würde. (*Abg. Pölzer: Das ist billig!*) Im Wahlkampf 1956 ... Es kommt schon noch besser. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Migsch.*) Er spricht zuviel, sagen Sie ihm das einmal. (*Abg. Weikhart: Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft ist dafür, für die Erhöhung der Tarife!*) Aber das ist ja nicht richtig. Sie kommen schon noch dran! (*Abg. Dr. Migsch: Wenn man 5 Milliarden Schulden hat, ist das keine Gefährdung der Stabilität?*) Nur nicht so aufgeregt sein, Kollege Migsch! Hören Sie lieber, was Ihr Parteiboss weiter sagt! Im Wahlkampf 1956 erklärte dann Dr. Pittermann nicht mehr und nicht weniger, als daß Doktor Kamitz die Steuern zuwenig und zu langsam senkt. In einer Wahlversammlung am 25. April 1956 sagte er: „In Österreich werden die kleinen und mittleren Einkommen am höchsten von allen Staaten der Welt besteuert.“ (*Abg. Dr. Migsch: Auch das ist wahr!*) „Es ist Zeit, daß der Inhaber des Weltrekords im Steuerdruck auf den kleinen Mann, Dr. Kamitz, aus dem Finanzministerium verschwindet.“

Und heute, zwei Jahre später, ist in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 16. Oktober in einem Leitartikel des sozialistischen Generalrates Karl Ausch folgendes zu lesen: „Es war unrichtig, in einer Periode der Konjunktur die Einkommensteuer, zumindest in dem Ausmaße, in dem es geschehen ist, zu senken; damit hat Dr. Kamitz entgegen den Erkenntnissen der neuzeitlichen Finanzpolitik gehandelt.“ (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Man muß sich nun wirklich fragen, was stimmt denn eigentlich? (*Ruf bei der ÖVP: Gar nichts! — Abg. Zechtl: Es stimmt schon, das ist kein Widerspruch; wir sprechen nur für die Progression!*) Hat der Finanzminister die Steuern zu langsam und zuwenig, oder zu schnell und zuviel gesenkt? Wer hat nun eigentlich recht? Vizekanzler Pittermann oder Generalrat Ausch? (*Ruf bei der ÖVP: Dr. Pittermann!*) Die Antwort ist viel einfacher, Kollege: keiner von beiden, sondern der Finanzminister und die Wirtschaftspolitik der Österreichischen Volkspartei! (*Starker Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn wir uns daher heute anlässlich der ersten Lesung des Budgets mit allem Nachdruck und aller Entschiedenheit zu einem klaren und folgerichtigen Konzept der Wirtschafts- und Finanzpolitik bekennen, so deshalb, meine Damen und Herren, weil wir

angesichts dieses sozialistischen Zick-Zack-Kurses vor der gesamten Öffentlichkeit unterstreichen wollen, daß wir nach wie vor der einzige Garant sind, der wirtschaftliche Nüchternheit, Wahrheit und soziales Verantwortungsbewußtsein in sich trägt. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Böhm: Sind wir beim Schuldenmachen oder nicht? — Weitere Zwischenrufe.)* Auf Ihre Veranlassung hin geschieht das meistens.

Für uns ist daher erstens die Währungsstabilität kein Schlagwort, sondern wir verteidigen sie bewußt gegen alle inflationistischen Tendenzen. Denn nicht die Inflation, sondern nur die Stabilität fördert die Spareinlagen, ermöglicht Investitionen, nur sie weitet die Produktion aus und sichert so ohne staatlichen Zwang und Dirigismus den Lebensstandard und die Vollbeschäftigung. Jede inflationistische Tendenz hingegen führt zu Knappheitserscheinungen, zwingt zu Bewirtschaftung der Mangelwaren durch alle die sattem bekannten staatlichen Eingriffe, die wir als Preiskontrolle, Bewirtschaftung der Devisen und Lenkung des Außenhandels kennen. Wir verneinen solche Zwangsmaßnahmen nicht nur deshalb, weil sie unwirtschaftlich und unrentabel sind, sondern weil sie automatisch die Freiheit der Staatsbürger beschränken, da jeder überflüssige Eingriff einen Schalthebel erfordert, an dem ein politisch gesteuerter Wirtschaftslenker sitzt. *(Abg. Weikhart: Auch in der Landwirtschaft?)* Ich komme auch darauf zu sprechen, meine Damen und Herren, auf die ganz anders geartete Situation in der Landwirtschaft. *(Abg. Weikhart: Welcher Politiker sitzt dort am Hebel? — Zwischenrufe.)*

Wir bekennen uns zweitens aus Überzeugung, zu einer Politik der steuerlichen Entlastung, weil sie wirtschaftlich richtig ist und auch in Österreich erfolgreich war. Trotz dreimaliger Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, trotz Beseitigung von elf Verbrauchssteuern, trotz Senkung der Gewerbesteuerbelastung sind die Einnahmen des Staates nicht gesunken, sondern in dem Zeitraum von 1952 bis 1958 von 19 auf 35, also um 16 Milliarden Schilling gestiegen. *(Abg. Freund: Nur 5 Milliarden Schulden!)*

Wir bekennen uns aber auch aus politischen Gründen zu einer Politik der Steuersenkung, weil wir uns erinnern, meine Damen und Herren, was einst ein sozialistischer Theoretiker geschrieben hat. Es sei, so sagte er damals, „zur Sozialisierung der menschlichen Gesellschaft durchaus genügend, die Steuern so weit zu erhöhen, daß alle Menschen Abhängige des Staates und die Unternehmer bessere Angestellte des Staates werden“. *(Hört! Hört! - Rufe bei der ÖVP.)* Auch heute noch wird die For-

derung nach Steuererhöhung nicht etwa wegen der dadurch erhofften höheren staatlichen Einnahmen, sondern als Mittel zur Durchsetzung sozialistischer Planwirtschaftsgedanken erhoben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir bezweifeln drittens auch mit Recht, daß die öffentlichen Einnahmen durch Erhöhung der Tarife und Abgaben gesteigert werden können, weil jede Tariflawine sich zu einer Preis- und damit zu einer Lohnlawine mit allen bekannten katastrophalen Folgen ausweiten würde. *(Abg. Zechtl: Die Bundesrepublik Deutschland hat dreimal Tarifregelungen durchgeführt!)* Ein solcher Weg führt zu Austerität und damit zur Unzufriedenheit. Es ist nur interessant: dort, wo es Ihnen paßt, sind Sie auf einmal für die CDU. *(Ruf bei der SPÖ: Das ist eine Tatsache, die Sie nicht wegwischen können! — Abg. Dr. Hofeneder: Was ist mit der Körperschaftsteuersenkung?)* Er gibt aber freilich auch den Demagogen glänzende Gelegenheit, den Schutz und die Vertretung Unzufriedener zu übernehmen.

Wir sind viertens auch davon überzeugt, daß es gerechtfertigt ist, die Last für langfristige und einmalige Investitionen, die mehreren Generationen dienen, auch auf mehrere Generationen zu verteilen. Die Sozialisten kritisieren diese Auffassung nicht etwa deshalb, weil sie die Richtigkeit der Anleihepolitik bezweifeln, sondern deshalb, weil damit der von ihnen gewünschten Steigerung der steuerlichen Belastung der Boden entzogen wird.

Und fünftens bedauern wir es, daß dieses Budget ein Defizit in diesem Ausmaß ausweist, dem wir gerade noch zustimmen konnten, weil zu hoffen ist, daß es sich mit dem weiteren Ansteigen der konjunkturellen Entwicklung verringert oder verschwindet. Wir wundern uns aber, daß die Sozialisten dieses Defizit kritisieren, das nicht zuletzt durch viele ihrer Forderungen entstanden ist. In Wirklichkeit sorgten sie sich noch niemals ernstlich um ein Defizit, denn ein solches bereitet ihnen den Boden für das Verlangen nach weiteren Steuer-, Tarif- und Abgabenerhöhungen. Erinnern wir uns doch daran, meine Damen und Herren, daß anläßlich der Rechnungsabschlüsse 1953 und 1954 seitens der Sozialisten die damaligen Überschüsse im Staatshaushalt bemängelt wurden.

Alle nicht halbwegs ordnungsgemäßen bedeckten Neuausgaben torpedieren also letzten Endes die Stabilität der Preise, die von den Sozialisten zwar reich mit Worten verteidigt wird, deren Gleiten aber den willkommenen Anlaß bietet, sich der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Sozialrentner und Kriegsoffer mit dem schönen Motiv anzunehmen, daß ihre wirtschaftliche Lage vor den Preissteigerungen geschützt werden müsse.

Wenn die Volkspartei allen diesen Tendenzen mit Entschiedenheit entgegentritt, so nicht nur aus wirtschaftlichen Erwägungen, sondern aus einem tiefen sozialen Verantwortungsbewußtsein. Wir sind nämlich davon überzeugt, meine Damen und Herren, daß es wenigstens eine Partei geben muß, die nicht nur allein darüber nachdenkt, wie das vorhandene Volkseinkommen zu verteilen ist, sondern die auch dafür sorgt, daß dieses Volkseinkommen sich nicht verringert, sondern gesteigert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir brauchen daher nicht erst zu beweisen, daß wir eine moderne, sozial fortschrittliche Partei sind, denn unsere Wirtschaftspolitik ermöglichte die großen sozialen Leistungen der letzten Jahre. Denken Sie bloß an die Vollvalorisierung der Beamtengehälter, an die Erhöhung und Vermehrung der Kinderbeihilfen, an die Entschädigungsgesetze, an die Erhöhung der Altersrenten, an die Verbesserungen im ASVG. und an die großartigen Sozialgesetze für die Einführung der Altersversorgung der selbständig Erwerbstätigen in Landwirtschaft und Gewerbe. *(Beifall bei der ÖVP.)* — *Abg. Weikhart: Dazu haben Sie immer vorerst nein gesagt!* — *Abg. Dr. Hofeneder: Vater Helmer, schau oba auf dein totgeborenes Kind!* — *Abg. Freund: Monatelang haben Sie über jedes Problem gestritten, bis Sie es zugestanden haben!* Nein, ihr wart mit dabei als Blinddarm! Die Zeiten, in denen ein Haushalt nach rein kameralistischen Gesichtspunkten erstellt wurde, sind längst vorbei. *(Abg. Pölzer: Alles habt ihr allein gemacht!)* Nein, wir haben zu zweit gearbeitet, wir haben es vorwärtsgetrieben, und ihr habt euch hinten drangehängt! Das tut euch halt weh, daß ihr nicht immer als die ersten marschieret! *(Abg. Weikhart: Das sind die fremden Federn, Herr Dr. Maleta!)* Die sind manchmal auch ganz schön. *(Weitere Zwischenrufe.)* Darf ich ein Glas Wasser schicken?

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Ich stelle fest, daß sich schon wieder Reden in den Bänken entwickeln. Bitte, diese Entwicklung etwas zurückzuschrauben! *(Abg. E. Fischer: Der Wahlkampf hat begonnen! — Abg. Altenburger: Da habt ihr nichts mitzureden!)*

Abgeordneter Dr. Maleta *(fortsetzend):* Ihr werdet sowieso hinausgewählt!

Wenn wir aber schon von Sozialpolitik sprechen, müssen wir uns auch von altergebrachten Denkschablonen lösen, denn Sozialprobleme beschränken sich längst nicht mehr auf die Arbeiterschaft. Jahrzehntelang war es die Hauptaufgabe der Sozialpolitik, das Proletariat zu entproletarisieren, ein Ziel, das weitgehend erreicht wurde. Heute müssen wir eine moderne Mittelstandspolitik betreiben,

die jene breite Schichte von Kleingewerbebetreibenden, von kleinen Bauern, aber auch Privatangestellten und manche freiberuflich wirkende Menschen wirtschaftlich schützt und sichert. Der Strukturwandel unserer modernen Industriegesellschaft entzieht freilich manchen Berufen ihre Existenzgrundlage, schafft aber auch viel neues mittelständisches Gewerbe. Für erstere werden wir in erhöhtem Maße Hilfs- und Überleitungsmaßnahmen zu treffen haben. All den vielen anderen jedoch, die auch das Industriezeitalter benötigt, wenn es nicht im Kollektiv vermassen will, wird durch Steuermaßnahmen, etwa eine Vereinfachung der Haushaltsbesteuerung, die Schaffung eines wettbewerbsneutralen Umsatzsteuersystems, durch erleichterte Gewährung von Krediten, durch Schaffung von Selbsthilfeeinrichtungen in verstärktem Ausmaß zu helfen sein.

Die soziale Problematik beschränkt sich aber nicht nur auf einzelne Berufsstände. Es gibt soziale Probleme des gesamten Volkes; denken wir etwa an die notwendige Förderung der Familien und die dringend nötige Lösung des Wohnungsproblems, beides Gebiete, die gerade durch unsere Partei initiativ gefördert wurden.

Anläßlich des Ablaufes des Neuvermietungs-gesetzes wurden wir von sozialistischer Seite für die Unhaltbarkeit der Zustände auf diesem Sektor allein verantwortlich gemacht, wobei sie schamhaft vergessen, daß sie selbst diesem Ablauf ihre Zustimmung gegeben haben. Als ob mit diesem Zwangsgesetz überhaupt eine wirksame Hilfe möglich gewesen wäre *(Abg. Probst: Die sind abgelaufen, das ist ein logischer Kurzschluß!)*, als ob von der Gemeinde Wien nur ein einziger Fall bekannt wäre, wo sie von der ihr zustehenden Möglichkeit, etwa die Anzeige wegen Ablöswucher zu erstatten, auch tatsächlich Gebrauch gemacht hätte!

Das Neuvermietungs-gesetz war eine unstrittene Bewirtschaftungsmaßnahme. Viel wichtiger jedoch wäre die Beschaffung neuen Wohnraumes, viel wichtiger wäre die Beseitigung des auf diesem Gebiet vorhandenen Chaos, die Herstellung der Mietzinsgerechtigkeit, die Beseitigung der Unübersichtlichkeit und Zersplitterung der Gesetzgebung. Seit dem Jahre 1957, meine Damen und Herren, wartet die Österreichische Volkspartei vergebens, daß die Sozialisten das damals gegebene Versprechen einlösen, sich mit uns gemeinsam an den Beratungstisch zu setzen und eine vernünftige Gesamtregelung herbeizuführen. Wir hören nur immer Kritiken und wir erhalten nur Vorschläge, die nichts anderes bedeuten, als auf das vorhandene Flickwerk einen neuen Fleck aufzulegen. Die derzeitige Wohnungs-

gesetzgebung ist sozial ungerecht, sie verstößt gegen viele Grundregeln der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz. Denn es ist ungerecht, wenn einerseits neue Wohnungen dank staatlicher oder kommunaler Förderung bei einem verhältnismäßig geringen Mietzins bewohnt werden können, während andererseits für alte Wohnungen, die weniger Komfort bieten, unverhältnismäßig hohe Mietzinse bezahlt werden müssen, lediglich deshalb, weil die Mietenkommission in einem bestimmten Fall dem Hausherrn für unbedingt notwendige Reparaturen eine entsprechende Erhöhung bewilligen mußte. Und es ist noch viel ungerechter, wenn die Gemeinde Wien, die heute der größte Hausherr in ganz Österreich ist, bei manchen ihrer Neubauten den Weg der annähernd kostendeckenden Mietzinse bereits beschreitet, während auf Grund des sozialistischen Dogmas nach wie vor den Althausbesitzern dies nicht zugebilligt wird. Gleiches Recht für alle Mieter und für alle Hausbesitzer, ob privat oder kommunal! (*Beifall bei der ÖVP.*) Entweder kostendeckende Preise für alle, oder sozialer Mietzins ebenso für alle! Wir von der Volkspartei verwahren uns jedenfalls dagegen, daß mit dem leidigen Mietenproblem noch länger Demagogie betrieben wird. Wir wissen schon, daß wir neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch soziale Überlegungen in Hinblick auf die große Masse der kleinen Einkommensempfänger walten lassen müssen.

Noch eine kleine Randbemerkung. Auf dem Gebiet der unübersichtlichen Mietengesetzgebung könnte der Ruf Dr. Pittermanns nach Verwaltungsreform und Vereinfachung ein dankbares Aufgabengebiet erschließen, sofern es ihm sein Parteigenosse Helmer erlaubt. (*Zwischenrufe.*)

Wir verweisen nach wie vor auf die wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Wohnungseigentums, das vor allem dazu beiträgt, den Staatsbürger frei von parteipolitischer Abhängigkeit zu machen. Der Kritik gegenüber, daß der Wohnungsbau in Österreich zuwenig gefördert wurde, sei darauf hingewiesen, daß allein durch den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds bisher ein Betrag von rund 7,3 Milliarden Schilling verbaut wurde. Es gibt kaum einen Staat in der ganzen Welt, der eine derart großzügige Wiederherstellung kriegszerstörten Wohnraumes verzeichnen kann wie Österreich.

Abschließend sei noch vermerkt, daß man sich bei dem Neubau von Wohnungen nicht allein auf kleinste Wohnungen beschränken soll, sondern sich auch der Bedeutung genügenden Wohnraums für eine vernünftige

Entwicklung der Familie bewußt sein muß. Es liegt dies auf dem Wege einer bewußten Familienpolitik, die wir mit der Schaffung der Kinderbeihilfen und ihrer Ausweitung zum Familienlastenausgleich eingeleitet haben.

Wir dürfen uns aber auch nicht einer Erhöhung der Wohnungsbeihilfe verschließen, wenn wir echte Familienpolitik betreiben wollen, weil derzeit kinderreiche Familien gegenüber kinderlosen Familien, bei denen die Frau in Arbeit steht, benachteiligt sind. Trotz aller Schwierigkeiten der praktischen Durchführung auf dem Gebiet der Steuer-gesetzgebung werden wir uns mit den Forderungen der Familienverbände, die verschiedene Vorschläge für steuerliche Begünstigungen der Familie ausgearbeitet haben, eingehender als bisher auseinandersetzen müssen. Verschließen wir uns nicht einer Entwicklung, die in anderen Staaten bereits erfolgversprechend eingeleitet wurde, wenn wir den Anspruch erheben wollen, auch tatsächlich der sozial fortschrittlichste Staat zu sein.

Hohes Haus! Nun zu einem anderen Kapitel. Am 1. Jänner wird als erste konkrete Maßnahme des gemeinsamen europäischen Marktes eine interne 10prozentige Zollsenkung der sechs Mitgliedstaaten wirksam werden, ein Schritt, der unsere Konkurrenzfähigkeit weitgehend beeinflußt. Das wirft die Frage auf, ob wir die österreichische Wirtschaft noch mehr belasten dürfen, ob wir die Produktionskosten noch weiter erhöhen können, ob wir nicht vielmehr alles daransetzen müßten, um unsere Wirtschaft von Lasten zu befreien und so die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

In diesem kritischen Augenblick wird die Einführung der 45-Stunden-Woche aktuell, die zweifelsohne eine weitere Belastung der Wirtschaft mit sich bringt. Trotzdem können wir uns einer Arbeitszeitverkürzung, die einer allgemeinen europäischen Tendenz entspringt, nicht verschließen. Wir begrüßen es daher, daß die 45-Stunden-Woche über Initiative des Bundeskanzlers Ing. Raab zur Einführung gelangt. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Bitte, die Koalitionsausschußprotokolle nachzulesen! (*Abg. Altenburger: Wißt ihr das nicht? Fragt Präsident Böhm von eurer Fraktion, der wird es euch bestätigen!*) Es wird nicht alles erzählt, was im Koalitionsausschuß beschlossen wird. (*Abg. Altenburger: Ich bedaure, daß ihr so wenig im Bilde seid! — Abg. Probst: Zuviel versprochen — dein Kamitz! — Abg. Altenburger: Beruhigen Sie Ihre Leute!*) Dabei kann nicht übersehen werden, daß die Lösung dieser Probleme auf dem industriellen Sektor leichter möglich ist. Deshalb sind besonders auf dem land-

wirtschaftlichen und gewerblichen Sektor alle Sicherungen einzubauen, damit die nachteiligen Folgen für die Wirtschaft, die durch den Ausfall an Arbeitszeit entstehen, wettgemacht werden und das Ausmaß der Produktivität nicht gesenkt, sondern weiterhin gesteigert wird. Deshalb dürfen auch alle vorhandenen Investitionsmittel, seien es ausländische oder inländische Kredite oder Zuteilungen aus dem Counterpartfonds, nur so verwendet werden, daß damit die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Produktionsbetriebe auf dem Weltmarkte verstärkt wird.

Das gilt nicht allein für die private Wirtschaft, sondern im gleichen Ausmaß für die verstaatlichten Betriebe. Diese werden sich neues Investitionskapital auf normalem Wege durch Ausgabe von Volksaktien verschaffen müssen. Nur so werden wir erreichen, daß die verstaatlichten Betriebe leistungsfähig bleiben und sich im gemeinsamen Wettbewerb behaupten. Die Volkspartei fühlt sich für das Gedeihen dieser Betriebe mindestens ebenso verantwortlich wie die SPÖ, weil unabhängig von der Frage des Eigentumstitels diese Betriebe wertvolles österreichisches Volksgut sind.

Ich gebe gerne zu, daß wir im Jahre 1950, als wir die Ausgabe von Volksaktien bei den verstaatlichten Betrieben erstmals vorschlugen, vor allem an die soziale Seite dieses Problems dachten. Dezentralisierung der Staatsmacht, Streuung des Eigentums und Schaffung echten Mitbesitzes an den verstaatlichten Betrieben sind nach wie vor von allergrößter Bedeutung. Deshalb kann die Ausgabe von Volksaktien nicht auf den Sektor des ehemals deutschen Eigentums beschränkt bleiben, sondern muß gemäß der gemeinsamen Regierungserklärung seine Ausweitung auf den Sektor der verstaatlichten Industrie finden. *(Beifall bei der ÖVP. — Rufe bei der SPÖ: Mautner-Markhof!)*

Es gibt aber auch ein nicht zu übersehendes und nicht minder gewichtiges wirtschaftliches Argument für diese Aktienemission, das uns der gemeinsame europäische Markt mit aller Deutlichkeit vor Augen führt. Wenn unsere verstaatlichten Betriebe den immer schärfer werdenden Wettbewerb erfolgreich bestehen sollen, brauchen sie dazu Geld, Geld und nochmals Geld. Und sie werden dieses Kapital nur dort suchen können, wo es auch die Industrie in allen anderen Ländern der freien Welt findet, nämlich auf dem Kapitalmarkt. Die Kapitalbeschaffung wird auf die Dauer nicht nur auf dem Weg der Eigenfinanzierung oder durch staatliche Subventionen aus Steuermitteln möglich sein. Freilich muß dazu die sogenannte

Diskriminierung der Aktie beseitigt werden. Die Sozialisten aber werden nicht dauernd die Ausgabe von Volksaktien auf dem Sektor der verstaatlichten Industrie als wirtschaftlich falsch bezeichnen können, wenn sie auf dem Sektor des ehemals deutschen Eigentums und der verstaatlichten Großbanken eine solche Emission bereits zugebilligt haben. Dieses schwankende Verhalten zählt offenbar zu jenen Widersprüchen, die sich aus dem neuen Parteiprogramm ergeben, das zwar teilweise neue ideologische Grundsätze verkündete, jedoch versäumte, deren logische Weiterentwicklung auf dem Gebiet der praktischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu vollenden. Hier zeigt sich ein echtes ideologisches Dilemma des sogenannten westlichen Sozialismus.

Hohes Haus! In dem soeben mühsam ausgehandelten Budget ist die Forderung nach einem 14. Monatsgehalt der öffentlich Bediensteten nicht berücksichtigt, eine zusätzliche Mehrausgabe, die mit rund 1,3 Milliarden Schilling berechnet wurde. Der Vorschlag, durch eine allgemeine Erhöhung der öffentlichen Tarife im Ausmaß von mehr als 1 Milliarde Schilling eine Bedeckung für diese Ausgabe zu finden, ist eine Selbsttäuschung. Einerseits ließe sich diese 14. Auszahlung nicht auf die öffentlich Bediensteten beschränken, andererseits würde die Wirtschaft eine so empfindliche Tarifierhöhung zwangsläufig auf die Preise und damit auf die Konsumenten überwälzen. *(Zwischenruf des Abg. Pölzer.)* Die Schwierigkeiten einer Lösung sind also klar ersichtlich.

Vor zwei Jahren, meine Damen und Herren, befanden wir uns in einer ähnlichen Situation. Damals wurde von sozialistischer Seite vorgeschlagen, die Vorziehung der letzten Etappe der Vollvalorisierung durch nachträgliche Ausgabenerhöhungen im Budget zu bedecken. Wir mußten schon damals einen solchen Vorschlag ablehnen, weil wir jene verderbliche Spirale gegenseitiger Lohn- und Preissteigerungen, die wir zum Stillstand gebracht hatten, nicht neuerlich in Gang setzen wollten. Deshalb verdankten die öffentlich Bediensteten die vorzeitige Vollvalorisierung nicht unbedeckten Ausgabesteigerungen, sondern dem konstruktiven Plan der Ausgabe von Volksaktien bei den verstaatlichten Banken! Ich möchte nicht mißverstanden werden. Die Volkspartei bekennt sich zu vertretbaren Forderungen der öffentlich Bediensteten und ist so wie in der Vergangenheit bereit, sich für solche einzusetzen. Unvertretbar aber sind Bedeckungsvorschläge, die letzten Endes die Stabilität der Kaufkraft der Beamtengehälter erschüttern. *(Abg. Pölzer: So eine Demagogie!)* Das ist erschütternd, was? *(Weitere Zwischenrufe des Abg. Pölzer. — Gegenrufe bei der ÖVP.)*

Eine vordringliche Aufgabe der Spezialdebatte wird es sein, auf die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft in allen Einzelheiten und mit Nachdruck hinzuweisen. Als Generalredner der Volkspartei muß ich aber einige grundsätzliche Feststellungen zur Agrarpolitik mit aller Entschiedenheit hier vorbringen.

Der Bauernstand ist nicht allein als Berufsstand zu werten. Er ist darüber hinaus die biologische Kraftquelle eines jeden Volkes. Bei ihm handelt es sich daher nicht nur um das Problem der Produktion, sondern auch um den Fortbestand unseres Volkes. Ein gesundes und leistungsfähiges Bauerntum ist darüber hinaus die stärkste Stütze einer freien Gesellschaftsordnung, denn nur durch stärkste Unterdrückung und äußersten Zwang kann der Bauer in ein kollektives System der Unfreiheit gepreßt werden. Allein schon deshalb ist die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes eine moralische Verpflichtung und ein Gebot der Vernunft für alle Staatsbürger, denen die Freiheit das höchste Gut ist, das Menschen auf Erden zu verteidigen haben.

Ganz abgesehen davon haben wir gegenüber unserer Bauernschaft eine Dankesschuld. Sie hat durch ihren Fleiß und ihre Arbeitskraft zur Beseitigung des Hungers in diesem Lande entscheidend beigetragen. Sie hat in den vergangenen Jahren die größten Anstrengungen unternommen und durch fachliche Fortbildung, durch Mechanisierung und Rationalisierung, durch Verbesserung der Agrarstruktur und unermüdlichen Arbeitsfleiß, der nicht nach sozialer Arbeitszeitbeschränkung fragte, ihre Leistungen bis zu dem heute bemerkenswert hohen Produktionsstand gesteigert. Man muß aber einsehen, daß die Landwirtschaft anderen Wirtschaftsgesetzen als die übrige Wirtschaft unterworfen ist, weil sie die auf Grund naturgegebener Bedingungen vorhandenen Schwankungen der Produktion nur aus eigener Kraft überwinden kann. Darum bedarf sie eines Schutzes durch die Gesetzgebung, wie ihn die größten Staaten der freien Welt der Landwirtschaft bereits gewähren. Wenn das Mutterland der Freiheit, die USA, und wenn das Mutterland des Parlamentarismus, England, der Landwirtschaft einen gesetzlichen Schutz zubilligen, der weit über alles das hinausgeht, was die österreichische Bauernschaft mit der Vorlage eines Landwirtschaftsgesetzes für sich in Anspruch nehmen möchte, so ist es eine Demagogie, von einem „grünen Kollektivismus“ und „Zwangswirtschaft“ zu reden. Der freie Bauer will frei bleiben, das hat er überall bewiesen. Er wäre der letzte, der auf der Hintertreppe eines landwirtschaftlichen Schutzgesetzes sich in ein echtes Kollektiv hineinlocken ließe. Daher

haben wir besonders angesichts der gesamteuropäischen Wirtschaftsentwicklung die Verpflichtung, unserer Landwirtschaft ihre Bewegungsfreiheit zu erhalten. Und deshalb fordert die ÖVP mit allem Nachdruck, daß man der Bauernschaft gibt, was man anderen Berufsständen nicht verweigert hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es nützt der Landwirtschaft wenig, wenn bei Seuchen, Unwettern und Naturkatastrophen Krokodilstränen über das Risiko des Bauernberufes vergossen werden. Auch die Bauern haben für sich, ihre familieneigenen Hilfskräfte und ihre Landarbeiter den gleichen berechtigten Anspruch auf einen gerechten Lohn für ihre Arbeit wie alle übrigen Staatsbürger. Deshalb dürfen auch die Sozialisten sich nicht mehr länger der Notwendigkeit des Landwirtschaftsgesetzes verschließen! Und deshalb begrüßen wir es im Hinblick auf den europäischen Markt, daß im Budget zinsverbilligte, zum Teil bundesgarantierte Darlehen für die Bauernschaft vorgesehen sind, damit sie ihre Produktionsbedingungen weiter verbessern kann. Und deshalb verlangen wir, daß die für die Landwirtschaft lebenswichtigen Fragen der Agrarpreisgestaltung und des Absatzes aus dem politischen Tageskampf herausgehalten und einer sachlichen Behandlung unterzogen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* So ist die Milchpreisfrage für zehntausende Bauern eine Angelegenheit der nackten Existenz, und es ist auch Demagogie, wenn man den Bauern stets die Lebensmittelsubventionen vorwirft; denn die Landwirtschaft würde nur zu gerne auf diese Subventionen verzichten zugunsten echter Preise, wenn dies nicht gerade für die Konsumentenschaft eine unerträgliche Mehrbelastung wäre.

Wir treten auch für eine weitere Verbesserung des Finanzausgleichs zugunsten der finanzschwachen Landgemeinden ein, unterstützen die Schaffung von Nebenerwerbsmöglichkeiten in kleinbäuerlichen Gebieten, wie wir überhaupt der Meinung sind, daß alles für die Erhaltung eines freien, wirtschaftlich gesunden Bauernstandes zu geschehen hat.

Hohes Haus! Wenn bisher nur von Wirtschafts- und Sozialproblemen die Rede war, so bedeutet das keine Minderbewertung der Kultur, schon deshalb nicht, weil die Wirtschaft und die Möglichkeiten der Erbringung kultureller Leistungen in einer untrennbaren Wechselwirkung stehen. Wir sprechen so gerne davon, daß der kleine Staat Österreich eine kulturelle Großmacht sei. Wir müssen aber darauf achten, daß wir nicht zu einem kulturellen Museum der Vergangenheit werden, sondern fortwährend neue Kulturgüter erzeugen, denn nur aus der Neuschaffung

kultureller Werte ergibt sich der berechnete Anspruch auf den Titel dieser kulturellen Großmacht. (*Abg. E. Fischer: Wem sagen Sie das? Ihrem Unterrichtsminister oder Ihrem Finanzminister oder wem?*) Angeblich ist ja das Parlament auch gegenüber den Ministern frei! So bedauern wir, daß im vorliegenden Staatshaushalt das Kulturbudget geringer ist, als wir es wünschten, aber wir anerkennend dankbar, daß das Kulturbudget 1959 über jenem des Jahres 1958 liegt.

Wir müssen übrigens auch einmal ernstlich überprüfen, ob sich ein im Vergleich zu den Erfordernissen der Wirtschafts-, Agrar- und Sozialpolitik zu geringes Kulturbudget nicht letzten Endes nachteilig gerade für unsere Wirtschaft auswirkt. Man übersieht, daß Investitionen auf dem Kultursektor besonders langfristig sind und sich erst relativ spät auswirken. (*Zwischenruf des Abg. E. Fischer.*) Sie Grammophonplatte sowjetischer Herkunft, seien Sie ruhig! (*Heiterkeit.*) Das Qualitätsprodukt und der Exportartikel von morgen sind die Erfinderidee und die Konstruktionszeichnung von heute. Wenn wir daher nicht jetzt schon in Wissenschaft und Forschung investieren, werden wir morgen nicht mehr in dem notwendigen Umfang und in der erforderlichen Qualität produzieren und exportieren können. (*Abg. E. Fischer: Warum sagen Sie das immer nachher, wenn das Budget schon fertig ist?*) Es ist ja sowieso schon höher als das vorherige!

Hohes Haus! Die Betrachtung über die Kulturpolitik kann nicht abgeschlossen werden, ohne ein Kapitel zu erwähnen, das jenseits aller materiellen Erwägungen und damit jenseits der nüchternen Sprache der Zahlen beheimatet ist. Als wir in der vergangenen Woche hier in diesem Hause versammelt waren, haben sich die Abgeordneten am Beginn der Sitzung zu einer würdigen Trauerkundgebung für den verstorbenen Papst Pius XII. vereinigt. Das Hohe Haus hat damit einer weltumfassenden Trauer und Ehrerbietung Ausdruck gegeben, die weit über die katholische Christenheit hinausreicht und von den Angehörigen aller Nationen und Konfessionen geteilt wird. Die echte Bewegung, die die freie Welt anlässlich des Todes des Heiligen Vaters erfaßt hat, war ein sichtbarer Beweis dafür, wie sehr auch in einer immer mehr materialisierten Welt die Menschheit die Befreiung von ihrer Existenzangst, von den sie fast tödlich umstrickenden Gegenwartsproblemen und -drohungen nicht allein von der materiellen Seite, sondern auch von einer höchsten moralischen Autorität erwartet und erhofft. Daher glaube ich, daß die Zeit gekommen ist, um die kirchlichen Wünsche

und Anliegen endlich in einer Art und Weise zu regeln, die der Würde und Bedeutung beider Vertragspartner gerecht wird. (*Abg. E. Fischer: Also materielle Fragen!*) — Sie werden das nie kapieren als Supermaterialist! (*Ruf: Sie kommunistischer Schreihals!* — *Abg. E. Fischer: Sie reden von Geist und meinen Geld!* — *Abg. Dr. Gorbach: Sie haben nicht einmal Geld, noch weniger Geist!*) Wir wollen, daß diese Probleme in einem Geist des Respektes, der Gewissensfreiheit und der Anerkennung der sittlichen Werte seitens des Staates gelöst werden.

Abschließend noch ein Wort zur Landesverteidigung und zum Äußeren. Ich bekenne mich voll und ganz zum Bundesheer und zu dessen dringenden Erfordernissen. Vergessen wir niemals, daß unsere Grenzen von NATO-Paktstaaten und Staaten des Warschauer Paktes umschlossen sind. Lassen wir uns nicht täuschen von dem friedlichen Bild in unseren Städten und Dörfern, sondern denken wir daran, daß wir diese friedliche Entwicklung schützen müssen und daher niemals ein militärisches Vakuum zulassen dürfen. Wir wissen, daß unser Bundesheer nicht für einen dritten Weltkrieg geschaffen wurde, von dem wir hoffen, daß er angesichts der beiderseitigen Atomrüstung niemals ausbricht. Aber gerade deshalb müssen wir uns in dieser spannungsgeladenen Welt des Kalten Krieges mit seinen gelegentlichen heißen Grenzkonflikten vor Provokationen schützen. Das Bundesheer ist eine bewaffnete Macht des Friedens zum Schutze unseres Volkes und seiner friedlichen Entwicklung. Wir müssen ihm daher geben, was es braucht, damit es seine Aufgaben erfüllen kann. Wer dem Bundesheer die notwendigen Mittel kürzt, kann gleich für seine Auflösung plädieren; denn ein Zuwenig an Mitteln wäre bereits ein Zuviel; denn jeder Groschen für ein Heer, das seine Aufgaben nicht erfüllen kann, ist zwecklos ausgegeben. Ein Vergleich des Anteiles der Post Landesverteidigung an dem Gesamtbudget mit anderen Staaten ist überaus lehrreich. Er beträgt in Österreich 5 Prozent gegenüber 11,9 Prozent in Belgien, 30 Prozent in der neutralen Schweiz und über 50 Prozent im kommunistischen Jugoslawien. Vergessen wir auch nicht, daß die Mittel für unser Bundesheer zu einem Großteil unserer Wirtschaft zugute kommen und nicht zuletzt der Sicherung von Tausenden von Arbeitsplätzen dienen.

Das Bundesheer ist aber nicht allein ein Militär- und Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein Ausdruck unseres neu erwachten Staats- und Selbstbewußtseins, ein traditionsbewußter Erziehungsfaktor für unsere Jugend, dem wir vor allem dafür danken, daß es angesichts

vieler Katastrophen und Notstände diese österreichische Jugend zu Einsatzbereitschaft und Gemeinschaftsbewußtsein erzogen und geleitet hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Wir hoffen, daß Österreich und die Welt nie in eine Situation kommen werden, in der es sich als notwendig erweisen sollte, daß wir all das, was wir errungen haben und bewahren wollen, mit Waffengewalt verteidigen. Wohl aber ist es Aufgabe der Außenpolitik, für die friedliche Behauptung Österreichs und seiner Ansprüche in einer unruhigen Welt zu sorgen.

Ein österreichischer Diplomat hat kürzlich in seinen Erinnerungen festgestellt, die Hauptaufgabe der österreichischen Diplomatie nach 1945 sei es gewesen, „Österreich wieder auf die Landkarte zu setzen“. Wir dürfen feststellen, daß diese Hauptaufgabe mit der Wiedererringung der Souveränität durch den Abschluß des Staatsvertrages als beendet betrachtet werden kann. Seither ist es die Hauptaufgabe der österreichischen Diplomatie, dafür zu sorgen, daß Österreichs Platz auf der Landkarte im übertragenen Sinn, nämlich die österreichische Position in Europa, unsere Freiheit, unsere Souveränität und unsere Neutralität, gesichert bleibt. Die Entwicklung der letzten drei Jahre kann uns in dieser Hinsicht mit Befriedigung erfüllen. Die Reisen des Bundeskanzlers nach Washington und Moskau und die Debatten bei der letzten Generalversammlung der Vereinten Nationen haben gezeigt, daß die österreichische Haltung in aller Welt Verständnis und Anerkennung findet.

Ich möchte in diesem Zusammenhang konkret einige Feststellungen zu dem Kapitel Auswärtiger Dienst machen. Es gilt für dieses Ressort Ähnliches wie für die Agenden der Wissenschaft und Forschung. Sparen am falschen Platz könnte sich hier in der Zukunft leicht als verhängnisvoll erweisen. Die Tatsache, daß Österreichs Stimme trotz der Kleinheit unseres Landes heute in der Welt gehört wird, darf uns nicht zu falscher Überheblichkeit und Bequemlichkeit verleiten. Es gilt, unsere Mitarbeit an den internationalen Organisationen aufrechtzuerhalten, es gilt aber auch, Österreich in jenen Bereichen des Nahen und Mittleren Ostens, mit denen uns viele geschichtliche Beziehungen verbinden, in einer Weise zu repräsentieren, die den großen Erfordernissen und Strömungen der Gegenwart gerecht wird.

Es ist schließlich eine selbstverständliche Aufgabe der österreichischen Außenpolitik, die Beziehungen zu unseren unmittelbaren Nachbarstaaten in befriedigender Weise zu

regeln. Ich nenne hier das Problem der Vermögensverhandlungen mit den Oststaaten, ich nenne aber vor allem auch ein Problem, das über die politisch-diplomatischen Bereiche hinaus eine echte Herzensangelegenheit aller Österreicher ist: die Frage Südtirol. Namens der Österreichischen Volkspartei gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zwischen Österreich und Italien in dieser Frage möglichst bald zu einer Lösung führen, von der wir mit gutem Gewissen sagen können, daß sie sich über die Niederungen eines Chauvinismus vergangener Tage hinaushebt und von echtem völkerverbindenden europäischen Geist der Zukunft getragen ist.

Hohes Haus! In der Regierungserklärung vom Juli 1956 schloß Bundeskanzler Raab seine Rede mit der Aufforderung, wir mögen als Österreicher in heißer Liebe zu unserer Heimat stehen, weil wir damit unsere Aufgabe als Europäer in und für Europa erfüllen. Diese Worte bilden eine glückliche Ergänzung zu dem Gedanken, den Finanzminister Doktor Kamitz in der vergangenen Woche an den Beginn seiner Budgetrede stellte, als er sagte, daß hinter diesem Voranschlag der Mensch selbst steht mit seinen Sorgen, seinen Nöten, seinem Kampf und seiner Auseinandersetzung mit dem Leben. Lassen Sie mich die Worte dieser beiden Männer zusammenfassen: Hinter den Ziffern und Zahlen dieses Budgets steht der Mensch, steht der Österreicher, hineingestellt in seine größere Aufgabe von morgen als Europäer.

Budgetdebatten in der Ersten Republik endeten nur allzu oft im Zweifel, ob denn dieses Österreich überhaupt lebensfähig sei, ob es seine ureigensten innerstaatlichen Aufgaben erfüllen könne. Wir dürfen uns froh und glücklich schätzen, daß diese Zweifel heute der Vergangenheit angehören, ja mehr noch, daß wir heute auch nicht mehr daran zweifeln, daß wir unsere Aufgabe in und für Europa erfüllen werden können.

Weil der vorliegende Gesetzentwurf ein Budget für Österreich und für die Erfüllung unserer ureigensten österreichischen Mission im größeren Europa von morgen ist, wird die Österreichische Volkspartei dem Bundesfinanzgesetz für 1959 die Zustimmung erteilen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Ich erteile dem nächsten vorgekehrten Redner, Herrn Abgeordneten Olah, das Wort.

Abgeordneter Olah: Hohes Haus! Ich möchte dieses Budget, dem wir unsere Zustimmung geben, zum Anlaß einiger Betrachtungen nehmen.

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat das Budget trotz eines Defizits von 4 Milliarden Schilling im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt als ein Budget der Stabilität bezeichnet. Wir stimmen diesem Budget zu, weil es bewußt als Instrument zur Belebung der Wirtschaft in einer Zeit verwendet wird, in der noch immer die Auswirkungen des amerikanischen Wirtschaftsrückschlages zu spüren sind. Wir bejahen daher aus diesem Grunde die Notwendigkeit der Hinnahme eines Abganges im Bundeshaushalt, um damit die Vollbeschäftigung und den mühsam erreichten Wohlstand in Österreich zu bewahren.

Der Sprecher der Österreichischen Volkspartei hat sich bei der Behandlung des Budgets eigentlich mehr mit der Sozialistischen Partei und weniger mit dem Budget befaßt. Das ist sehr ehrenvoll für die Sozialistische Partei, weniger für das Budget. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Wir leugnen gar nicht, daß der Bundesvoranschlag in seinen Grundzügen vom Geist der ÖVP erfüllt ist — ich will nicht sagen: vom Geist des Defizits. Wenn sich die Österreichische Volkspartei im neuen sozialistischen Parteiprogramm und in den Reden unseres Parteivorsitzenden noch nicht recht auskennt, so sind wir gerne bereit, eine Sonderschule einzurichten zu diesem Zweck. (*Abg. Dr. Pittermann: Für Schwererziehbare!*) Die Österreichische Volkspartei hat ja bei vielen Dingen lange gebraucht, bis sie begriffen hat, aber unsere Geduld ist noch immer belohnt worden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich stimme mit dem Kollegen Dr. Maleta darin überein, daß weite Gebiete der von der ÖVP beherrschten Wirtschaft auch nach den ÖVP-Grundsätzen der Freiheit organisiert sind — ich nenne die Freiheit des Molkereizwanges, durch den dem Landwirt verboten ist, die Milch ab Hof an den Konsumenten zu verkaufen, die Freiheit des Außenhandelszwanges, die jeden Exporteur und Importeur zwingt, beim Handelsministerium um eine Erlaubnis anzuschauen, die Freiheit des Kreditmarktes, die dem Finanzminister auf Grund von Gesetzen aus der Diktaturzeit jeden Eingriff in den Krediterhalt gestattet, die Freiheit des Regierungskommissärs, der auch heute noch in der Girozentrale an Stelle einer gewählten Vertretung der Sparkassen das Geld der Sparer verwaltet, und dergleichen mehr. Die Konservativen haben im Sprachgebrauch eine große Ähnlichkeit mit den Kommunisten. Wenn sie von der Freiheit reden, meinen sie das, was sie für sich verlangen, was sie aber anderen verweigern, wenn sie dazu die Macht haben. (*Beifall bei der SPÖ. — Anhaltende Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Als im Jahre 1952, jetzt genau vor sechs Jahren, die Sozialistische Partei bei den Verhandlungen über das Budget für das Jahr 1953 an Mehrausgaben für die Rentenzahlungen, für die Förderung des Wohnungsbaues sowie für Investitionen insgesamt 435 Millionen gefordert hat, womit das Gesamtdefizit noch nicht einmal 2 Milliarden Schilling erreicht hätte, kam es zur Regierungskrise und zu Neuwahlen. Denn diese Mehrausgaben von etwas mehr als 400 Millionen und das Defizit von damals waren angeblich eine Gefahr für die Stabilität. Heute aber ist das ganz anders. (*Abg. Mitterer: Da war auch das Budgetvolumen anders! — Ironische Heiterkeit bei den Sozialisten.*) Das soll nur festgehalten werden. Den damaligen Mehraufwand haben die Sozialisten verlangt zur Überwindung eines sehr fühlbaren Konjunkturrückschlages und zur Beseitigung einer damals relativ großen Arbeitslosigkeit. Es besteht unserer Meinung nach ein Unterschied, ob man ein Defizit in Kauf nimmt zur Überwindung eines wirtschaftlichen Krisenzustandes, oder ob man in einer Zeit der Hochkonjunktur und der Vollbeschäftigung ein solches Defizit in den Staatshaushalt aufnehmen muß.

Damit kommen wir zu einer Kernfrage unserer Budgetpolitik. Dem Herrn Finanzminister kann man einen gewissen Vorwurf nicht ersparen, daß das große Defizit nicht notwendig wäre, wenn er stark genug gewesen wäre, zur Zeit der Hochkonjunktur auch gewisse Reserven anzulegen. (*Abg. Mitterer: Bei Ihrer Begehrlichkeit?*) Wir sagen das heute nicht zum erstenmal, wobei wir diesen guten Rat gar nicht als unsere eigene Erfindung in Anspruch nehmen. Dies ist ein allgemein anerkanntes Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft! Ebenso ist es ein allgemein anerkanntes und in der Praxis von allen Staaten geübtes Prinzip, daß in der Zeit einer Konjunkturschwäche Investitionen auch über ein Defizit gerechtfertigt sind. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Herr Abgeordneter Pölzer, jetzt reden Sie nicht von Demagogie! — Gegenrufe des Abg. Pölzer.*)

Die beiden Regierungsparteien haben sich über die Ausgaben geeinigt, wohl wissend, daß damit das Budget überfordert wird und ohne genügende Bedeckung ist. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Die Frage ist daher, wie der unbedeckte Abgang im Budget seine Bedeckung finden kann.

Der Herr Finanzminister verweist insbesondere auf den Weg der Anleihen. Wir werden zu prüfen haben, ob dieser Weg einer rapiden Zunahme der Staatsschuld, insbesondere der Verschuldung an das Ausland, und in dem Tempo, wie dies jetzt in der letzten

Zeit, insbesondere im letzten Jahr, der Fall war beziehungsweise ist, auch weiter gegangen werden kann. Dies bedeutet ja außerdem auch eine Beschränkung der Verfügungsgewalt des Parlaments über das Budget, weil die Anleihe- und Kreditrückzahlung und -verzinsung eine feststehende Post ist, die nicht umgangen werden kann und dadurch schon von vornherein das Budget stark beschneidet. (Abg. Machunze: Herr Kollege! Wer bekommt denn die Anleihen? Für wen werden sie aufgenommen? — Abg. Horr: Seien Sie ruhig! — Abg. Lola Solar: Aha, jetzt sollen wir ruhig sein!)

Es ist dazu festzustellen, daß das Bundesministerium für Finanzen den im Bundesfinanzgesetz 1958 für die Tilgung der Bundesschatzscheine vorgesehenen Kredit lediglich als eine Art Budgetreserve ansieht und keine Bedenken hatte, diesen Kredit bisher zum größten Teil anderweitig zu verwenden, die Bundesschatzscheine aber weiterhin zu prolongieren. Dazu eine Stimme vom Rechnungshof. Herr Ministerialrat Dr. Eberl von dieser Kontrollbehörde stellt dazu in einem Aufsatz fest: „Aber auch der immer weiter ansteigende Aufwand für den Schuldendienst (Tilgung und Zinsen) zwingt zur Einschränkung der Kreditoperationen. War der Aufwand für den Schuldendienst 1957 rund 689 Millionen Schilling, so mußte er für 1958 bereits mit 1229 Millionen Schilling veranschlagt werden und wird voraussichtlich die Erlöse aus den Schuldannahmen 1957 (rund 1135 Millionen Schilling) noch übersteigen.“ (Abg. E. Fischer: Aber Herr Kollege! Die Regierung faßt doch einstimmige Beschlüsse!) „Wenn nämlich zur Deckung des Schuldendienstes neue Schuldannahmen notwendig werden,“ — so heißt es weiter — „so findet anstatt einer Tilgung im wesentlichen nur mehr eine Schuldumwandlung mit progressiver Verschuldung statt, was vom finanzpolitischen Standpunkt grundsätzlich abzulehnen ist.“ (Abg. Machunze: Weniger Anleihen für Minister Waldbrunner!)

Ein Weg der Verringerung des Defizites, den wir ebenfalls allen Ernstes und mit aller Gewissenhaftigkeit prüfen müssen, ist der Weg einer Senkung von Kosten. Als unsere Unterhändler im Jahre 1956 bei den damaligen Koalitionsverhandlungen der Österreichischen Volkspartei einen solchen Vorschlag gemacht haben, blieb er leider ohne Resonanz. Der Herr Finanzminister selbst hat nun in seiner Budgetrede vor einer Woche auch auf diesen Weg verwiesen und damit das unterstrichen, was der Herr Vizekanzler vor einigen Wochen als eine Notwendigkeit der öffentlichen Meinung unterbreitet hat. (Abg. Altenburger: Aber Helmer war nicht dafür!)

Eine dritte Möglichkeit ist die eventuelle Erschließung neuer Einnahmen. Die Anforderungen sind in den letzten Jahren durch neue gesetzliche Maßnahmen und neue Verpflichtungen stark gestiegen, sowohl auf dem Gebiet der Sozialpolitik wie auf dem der Wirtschaftsförderung. (Abg. Pölzer: Aber der Finanzminister will keine neuen Einnahmen! Er will kein Geld!) Es ist auf die Dauer unhaltbar, daß steigende Verpflichtungen mit dem gleichen Ertrag erfüllt werden sollen. Die Hoffnungen des Herrn Finanzministers gründen sich auf einen weiteren wirtschaftlichen Aufstieg und auf eine weitere Steigerung des Konsums und damit auf erhöhte Steuereinnahmen. Wir sehen aber, daß dies schon in diesem Jahr nicht mehr in dem Ausmaß eingetreten ist, wie es erwartet wurde. In der heutigen Situation des österreichischen Staates waren schon andere Länder vor uns, und gleichgültig, welche Parteien in diesen Ländern an der Regierung waren, sie sind den Weg gegangen, den man in einer solchen Situation eben gehen muß.

Das Budget für 1959 weist eine andere besondere Merkwürdigkeit auf: Gesetzlich bindende Verpflichtungen wurden aus dem ordentlichen Budget herausgenommen und in die außerordentliche Gebarung verwiesen. Das heißt auf gut deutsch: Im kommenden Jahr soll zum Beispiel ein Betrag von mehr als 400 Millionen Schilling für die Stützung des Brotgetreidepreises auf dem Anleiheweg gedeckt werden. Es wäre nur interessant, zu hören, was die Österreichische Volkspartei zu einer solchen Maßnahme sagen würde, wenn das ein sozialistischer Finanzminister vorschlagen würde. (Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.)

Die so dringend verlangten und notwendigen Schulbauten sind im außerordentlichen Budget untergebracht, ein auch für uns durchaus nicht erfreulicher Zustand. Während gesetzlich bindende Verpflichtungen im ordentlichen Budget keinen Platz finden konnten, sind andere, von unserem Standpunkt aus nicht immer so vordringliche Budgetposten von anderen Ressorts restlos im ordentlichen Haushalt untergebracht.

Der Sprecher der Österreichischen Volkspartei hat hier gesagt, er bejahe im Namen seiner Partei das Bundesheer und die Landesverteidigung — wir auch, wir haben das öffentlich erklärt. Aber Landesverteidigung und Kosten für Landesverteidigung im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren! (Zustimmung bei den Sozialisten.) Das findet auch unsere Zustimmung. Wir hätten uns vorstellen können, daß hier auch nicht so ganz dringende Ausgaben in den außerordentlichen

Haushalt hätten verwiesen werden können, etwas, was übrigens bei den Parteienverhandlungen ausdrücklich besprochen worden ist.

Wir Sozialisten haben zwar mit dem Wort Stabilität nie so viel politischen Mißbrauch getrieben wie die Parteifreunde des Herrn Finanzministers, aber dafür sind wir an einer wahrhaft stabilen wirtschaftlichen Entwicklung stärkstens interessiert. Es wird daher unumgänglich notwendig sein, die sichtbar gewordenen Mängel und Unsicherheitsfaktoren zu beseitigen. Dies wird auf drei Arten versucht werden können — ich wiederhole noch einmal —: durch einen ernsthaften Versuch einer Kostensenkung der öffentlichen und halböffentlichen Verwaltung, durch eine Reduzierung von Subventionen auf ein marktwirtschaftlich vertretbares Ausmaß und drittens — auch das sagen wir — dadurch, daß man mit aller Vorsicht auch an die Erschließung neuer Einnahmen herangeht. Staatserhaltende Parteien dürfen auch vor Wahlen die Verantwortung nicht scheuen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Die Regierungsparteien müssen daher die politische und moralische Kraft aufbringen, auch angesichts des Wahljahres 1959 den Staat und die Staatsfinanzen in Ordnung zu halten. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Röthhammer: Hoffentlich machen Sie es!*) Wenn wir Vorwürfe befürchten, so muß man vor der ganzen Bevölkerung klarstellen, daß solche Vorwürfe erst bei einer Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung und der finanziellen Stabilität mit Recht einsetzen könnten. (*Abg. Krippner: Wem sagst du das? — Heiterkeit. — Abg. Probst: Euch, dir!*)

Es muß heute und bei dieser Gelegenheit darauf verwiesen werden, daß die letzte Senkung der Einkommensteuer, die von der Österreichischen Volkspartei und vom Herrn Finanzminister auch heute noch so gelobt wird, die mit aller Vehemenz vertreten wurde und als ein Teil der Regierungserklärung gegen unsere Warnungen durchgesetzt worden ist, zwar einen größeren Vorteil für die begüterten Schichten gebracht hat, aber jetzt dafür in steigendem Maße der österreichischen Bevölkerung eine Defizitfinanzierung durch den Anleihezinsendienst beschert. Wir sind nicht prinzipiell gegen Anleihen, aber das ungünstige Verhältnis zwischen ausländischen und inländischen Anleihen, das wir gegenwärtig sehen, gibt zu schweren Bedenken Anlaß. Im besonderen sind wir der Meinung, daß ausländische Anleihen in dem Maße, wie sie jetzt in steigendem Umfang gesucht und aufgenommen werden, auch durchaus nicht unbedingt erforderlich sind. Die in den österreichischen Finanzinstituten liegenden Gelder

wären ein viel besseres und für die österreichische Volkswirtschaft billigeres Geld für Anleihen, schon deswegen, weil die Zinsen, die wir leisten müssen, dann in Österreich verbleiben könnten. (*Abg. Mitterer: Bei der Arbeiterbank! — Gegenrufe bei den Sozialisten.*)

Es ist eine der erfreulichsten Tatsachen, daß es im Verlaufe der Verhandlungen über das Budget 1959 gelungen ist, für mehr als 150.000 Menschen in unserem Lande eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung durch eine Erhöhung der Renten durchzuführen, und zwar in der Form, daß die Grenze für die Ausgleichszulage erhöht wird. Wenn diese Erhöhung auch erst im Frühjahr 1959 eintreten wird, so erfüllen wir damit doch eine Verpflichtung gegenüber diesen Menschen, die ihre Arbeit im Dienste der Gesamtheit vollbracht haben. Wir wollen aber bei dieser Gelegenheit feststellen, daß diese Korrektur nicht die letzte sein kann, die auf dem Gebiete der Gesetzgebung für die Pensionsversicherung der arbeitenden Menschen vorgenommen wird.

In diesem Zusammenhang muß noch einmal vor aller Öffentlichkeit auf die dringende Notwendigkeit einer Sanierung der Krankenversicherungsträger verwiesen werden. Es geht nicht an, daß der Staat den Krankenkassen neidlos durch gesetzliche Maßnahmen und Verpflichtungen teilweise die Aufgaben eines öffentlichen Gesundheitsdienstes auferlegt, aber dann seine Hilfe verweigert, wenn diese Institutionen durch die ihnen auferlegten finanziellen Verpflichtungen in Schwierigkeiten kommen. Die Krankenkassen erfüllen in Österreich die Aufgabe einer echten Familienversicherung. Diese Institutionen haben damit unter der Führung der Arbeiter- und Angestelltenvertreter praktische Familienpolitik zu einer Zeit verwirklicht, als dieses Wort noch gar nicht so populär war.

Noch während der militärischen Besetzung unseres Landes durch die Großmächte und besonders unmittelbar nach Abschluß des Staatsvertrages wurde jenen Gebieten und Bevölkerungskreisen Österreichs, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben sind und die von dem wirtschaftlichen Aufbau unseres Landes viel weniger gespürt haben und auch nur sehr wenig von den ERP-Krediten bekommen haben, feierlich versprochen, daß die Republik, wenn Österreich einmal frei sein wird, helfen und gewissermaßen in einem wirtschaftlichen Nachziehfahrplan diese Gebiete der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes anschließen wird. Es hat lange gebraucht, bis endlich diesmal im Budget für 1959 wenigstens ein erster Posten, 100 Millionen Schilling, für diesen Zweck untergebracht werden konnte. Das

ist auch nicht viel, wenn man bedenkt, daß in diesem Betrag auch die erste Rate für den Bau der Jauntalbahn in Kärnten inbegriffen ist. Wir wollen feststellen, daß auch die Gründung der Kommunalbank bei dieser Arbeit durchaus ein wichtiges Hilfsinstrument sein kann und, wie wir hoffen, auch sein wird. Aber jedenfalls glauben wir, daß jeder vernünftige Mensch und besonders der, der wirtschaftlich denkt, einbekennen muß, daß die Verwendung von Geldmitteln für die wirtschaftliche Aufschließung von Gebieten, für die Errichtung neuer Produktionsstätten, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine Investition ist, die wirtschaftlich die besten Früchte trägt.

Ebensowenig ist noch das Problem einer vollständigen Einordnung der ehemaligen USIA-Betriebe, soweit sie durch das Verstaatlichungsgesetz in das Eigentum des österreichischen Volkes übergegangen sind, in die verstaatlichte Industrie gelöst worden. Für einige Betriebe wurde eine gute Lösung gefunden, aber gerade für die Betriebe, die wirtschaftlich am schwersten zu kämpfen haben, ist eine endgültige Regelung noch immer nicht gefunden. Das ist aber ein sehr, sehr dringendes Gebot.

Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß jene Betriebe des ehemaligen USIA-Konzerns, die jetzt noch für die Ablöselieferungen an die Sowjetunion arbeiten, eine wirtschaftliche Basis finden müssen, die ihnen auch nach dem Ende dieser Ablöselieferungen Bestand und Beschäftigung sichert. Das heißt also, daß man sich für diese Betriebe nicht allein auf den sowjetischen Fünfjahresplan verlassen darf, sondern daß sie ihre Einordnung in die österreichische Volkswirtschaft und in die österreichische Produktion finden müssen, für die allerdings kein Plan besteht. Wir wollen keinen sowjetischen Plan, aber ein österreichischer Wirtschaftsplan wäre nicht schlecht. Denn auch der Staat hat die Verpflichtung, nicht nur von heute auf morgen zu wirtschaften, auch ein demokratischer Staat hätte diese Verpflichtung der Vorsorge auf längere Zeit. Eine gewissenhafte Staatsverwaltung muß ihren Bürgern sagen können, wie sie sich die Dinge nicht nur für übermorgen, sondern auch für die nächsten Jahre vorstellt.

Für die künftige wirtschaftliche Entwicklung Österreichs im Rahmen eines größeren europäischen Wirtschaftsgebietes, dessen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit sich wohl kaum jemand verschließt, hoffen wir, daß die geplante Freihandelszone Wirklichkeit wird und daß die Vernunft auch im Kreise jener verantwortlichen Staatsmänner Einkehr hält, die in anderen Ländern dieser Freihandelszone bis jetzt eine gewisse Abneigung entgegen-

bringen. Mit kleinlichen egoistischen Motiven wird man nicht eine gut fundierte europäische Wirtschaftsentwicklung sichern.

Es soll aber auch nicht verschwiegen werden — und wir sollten uns dessen bei jeder Maßnahme bewußt sein —, daß, welches Gebilde der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa immer zustandekommen möge, die frische Luft einer schärferen wirtschaftlichen Konkurrenz auch für unsere Wirtschaft in zunehmendem Maße spürbar werden wird.

Das heißt nicht, daß wir der Rückkehr zu einem Wirtschaftskonzept der Zwischenkriegszeit das Wort reden wollen. Im Gegensatz zu heute war damals bei einem Rückgang der Konjunktur die erste Maßnahme Zollerhöhung, Einfuhrbeschränkung. Wenn jedes Land das macht — und damals ist es geschehen —, ist das Ende eine umso größere Schrumpfung des Außenhandels, der Produktion und schließlich Arbeitslosigkeit, größere Arbeitslosigkeit, verringerte Einnahmen für den Staat und verringerte Leistungsfähigkeit.

Zum Unterschied ist der Weg, den wir nach dem zweiten Weltkrieg in Europa gehen, der einer wirtschaftlichen Ausweitung und nicht einer Einschränkung, einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und nicht einer Abschließung, und diesen Weg müssen wir im Interesse aller Völker, die in Europa leben, weitergehen.

Ich möchte namens unserer Fraktion auch ein paar Worte zur Förderung des Wohnungsbaues sagen. Wir betrachten die Förderung des Wohnungsbaues mit allen Mitteln und unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten als einen wirklich dringenden Wunsch der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. Aus diesem Grunde glauben wir Sozialisten, daß die Zuschüsse zu den Wohnbaufonds aus Budgetmitteln neben den zweckgebundenen laufenden Beträgen nicht nur gerechtfertigt, sondern eine wirkliche Notwendigkeit sind. Wir sind deshalb nicht sehr erfreut darüber, daß im kommenden Jahr diese beiden Wohnbaufonds nicht in gleicher Höhe aus Budgetmitteln dotiert werden wie in diesem Jahr, doch wird, so ist zu hoffen, ein Steigen der zweckgebundenen Fondseinkünfte dies wieder wettmachen.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, namens der sozialistischen Abgeordneten daran zu erinnern, daß das Hohe Haus auch noch einen Punkt der Regierungserklärung zu verwirklichen hat: nämlich die Beschließung von Gesetzen zum Zwecke der Assanierung veralteter Wohngebiete und zur Sicherung der notwendigen Grundstücke für den Wohnbau zur Verhütung einer weiteren Bodenspekulation.

Weitere Maßnahmen, wirksame Maßnahmen gegen die Ausbeutung der Wohnungsuchenden, gegen den Ablöseswucher sind deswegen notwendig, weil infolge des durch die Weigerung der ÖVP eingetretenen Ablaufes des Neuvermietungsgesetzes die Wohnungsuchenden der willkürlichen Vergebung ausgeliefert sind. Es ist nicht so — das möchte ich noch einmal feststellen —, daß zwischen den beiden Regierungsparteien Übereinstimmung bestanden hätte, dieses Gesetz ablaufen zu lassen. Wir Sozialisten waren für eine Verlängerung oder für eine Modifizierung. Wir waren für Verhandlungen. Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß die Österreichische Volkspartei jede Verhandlung über diese Frage abgelehnt hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch feststellen, daß die im Frühjahr beschlossenen Gesetze für die Kriegs- und Nachkriegsgeschädigten zwar eine mehr als dreizehnjährige Wartezeit beendet haben, daß die getroffenen Maßnahmen jedoch vor allem wegen zu Recht kritisierte bürokratischer Schwerfälligkeit keineswegs alle als gerecht empfundenen Ansprüche befriedigen. Insbesondere klagen die Ausgebombten darüber, daß das seinerzeit gegebene Versprechen, ihnen Wohnungen in den mit Wiederaufbaufondsmitteln aufgebauten Häusern zu geben, noch zu einem großen Teil unerfüllt blieb. Wir verlangen daher: Was alle Staatsbürger als Lastenausgleich an Steuergeldern für die Wiederherstellung ausgebombter Wohnungen aufbringen, muß auch zuerst den Bombengeschädigten zugutekommen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das Thema Bundesbahn ist ein beliebtes Kapitel in der öffentlichen Auseinandersetzung, nicht nur beim Budget, sondern auch während des Budgetjahres. Ich erlaube mir dazu einige Bemerkungen, weil es notwendig ist, die Dinge klarzustellen. Wodurch ist dieser Betriebsabgang erreicht worden beziehungsweise zustande gekommen? Durch Hinzurechnung der Investitionen von 1 Milliarde Schilling ergibt sich natürlich ein Gesamtabgang von rund 2½ Milliarden Schilling. Aber allein der Pensionsaufwand der Bundesbahn beträgt 1,9 Milliarden Schilling, sodaß also, wären die Bundesbahnen damit nicht belastet, die Betriebsgebarung sogar einen Überschuß ergäbe.

Es wird jetzt von der Kommerzialisierung der Bundesbahn gesprochen. Ich weiß nicht, was man kommerzialisieren will: das Defizit? Ich darf auch auf die Regierungserklärung zurückgreifen. In der Regierungserklärung in der 2. Sitzung des neugewählten Nationalrates am 4. Juli 1956 sagte der Herr Bundeskanzler:

„Schon die vorige Regierung hat die Möglichkeit geprüft, die Bundesbahnen in einen eigenen Wirtschaftskörper umzuformen. Wir müssen diese Möglichkeit weiter in Erwägung ziehen. Niemand in Österreich wird die große wirtschaftliche und auch sozialpolitische Bedeutung der Österreichischen Bundesbahnen verkennen. Die großen Investitionen für die Modernisierung des Wagenparkes, der Bahnhöfe, des Oberbaues, für die Elektrifizierung und alle sonstigen Einrichtungen sind absolut notwendig und müssen durchgeführt werden. Dabei müßte auch in Erwägung gezogen werden, daß ein gewisses Ausmaß der Pensionslasten vom Bund zu übernehmen wäre. Dieses Problem wird daher uns alle im Laufe dieser Legislaturperiode beschäftigen müssen, und ich hoffe, daß es einer einvernehmlichen Lösung zugeführt werden kann. Wir begrüßen es, daß die Modernisierung der Bundesbahnen in den letzten Jahren durch die Vornahme bedeutender Elektrifizierungsarbeiten durchgeführt wurde.“

Der Herr Bundeskanzler hat recht. Aber die Geldmittel, die dazu erforderlich sind, ob sie nun die Pensionslast oder die notwendigen Mittel für die Investitionen betreffen, müssen bereitgestellt sein; das heißt, die Geldmittel müssen aufgebracht werden. Diese Investitionen stellen ja eine absolute Wertvermehrung dar und führen außerdem zu einer Verringerung der laufenden Ausgaben durch verringerten Kohlenverbrauch.

Wir müssen auch bedenken, daß die Bundesbahnen sicher noch immer Instandsetzungsarbeiten nachholen müssen, die in den Kriegsjahren und in den ersten Nachkriegsjahren nicht durchgeführt werden konnten.

Und wenn wir bei der Tarifpolitik der Bundesbahnen bleiben, so ist dazu zu sagen, daß die Gütertarife doch zum großen Teil Subventionstarife sind, die gerade zugunsten der Wirtschaft nicht nach dem Prinzip der Kostendeckung, sondern eben nach dem Prinzip eines der Gemeinschaft dienenden Betriebes erstellt sind. Wenn man aber diese indirekte Subvention in Anspruch nimmt, darf man auf der anderen Seite nicht darüber klagen, daß das Defizit so hoch ist.

Übrigens vertritt die Bundeshandelskammer einen meiner Meinung nach durchaus sachlichen und vernünftigen Standpunkt, wenn sie in der letzten Zeit erklärt hat, daß eine mäßige Tarifreform vertretbar wäre. Ich hoffe, daß diesen Erkenntnissen auch irgendeine Lösung folgen wird.

Zum Schluß noch ein paar Worte zu einer Frage, die in den letzten Wochen die Gemüter der Öffentlichkeit wieder etwas stärker bewegt hat, umsomehr als, ich sagte es schon, auch

der Herr Finanzminister in seiner Rede vor einer Woche auf dieses Problem verwiesen hat: es ist die Frage einer Verwaltungsreform. Diese Frage kann nicht nach den Grundsätzen des Spielballes behandelt werden, den man hin- und herschupft. Ich habe heute schon auf einen zweiten Weg verwiesen, der auch gegangen werden sollte, nämlich den Versuch einer Kostensenkung auf dem Gebiet der öffentlichen und halböffentlichen Verwaltung. Eine gute Verwaltung ist notwendig, und gute Beamte sind ein Vorteil für den Staat. Wir befinden uns aber mit unserer Verwaltung, mit unserem ganzen staatlichen Leben in einem Rechtszustand, in dem sich in vielen Fällen weder der Staatsbürger noch die Verwaltung mehr auskennt.

Der erste Schritt zu einer Verwaltungsreform müßte eine Rechtsvereinheitlichung sein. (*Abg. Mitterer: Niemand ist dagegen!*) In Österreich gelten derzeit Gesetze aus der Zeit der absoluten Monarchie, der konstitutionellen Monarchie, aus der Zeit der Ersten Republik, des Ständestaates, der deutschen Besetzung und jetzt aus der Zweiten Republik. Viele Gesetze sind fast nicht mehr auffindbar, es gibt ja gar keine Übersicht, wie viele Gesetze es für jedes Aufgabengebiet des Staates überhaupt gibt und wie viele davon noch in Geltung sind. Viele Gesetze sind oftmals durch andere, oft ganz anders bezeichnete Gesetze novelliert worden. Nicht einmal Fachleute kennen sich in diesem Wirrwarr aus.

Es wären daher einmal alle erlassenen Gesetze auf ihre Gültigkeit und auch auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Die noch gültigen und noch notwendigen Gesetze wären neu zu verlautbaren und durch Bundesgesetz als in Zukunft allein gültig zu bezeichnen. Die Neuzitierung würde nach der neuen Sammlung erfolgen, die alle Novellierungen bereits berücksichtigt haben müßte.

Die Geschäftsordnung des Nationalrates bietet die Möglichkeit, zur Vorbereitung einer Verwaltungsreform einen eigenen Ausschuß einzusetzen, der für permanent erklärt werden könnte und der die Möglichkeit hätte, ähnlich der Arbeit der Strafrechtskommission auf einem anderen Gebiet, die ganze Materie zu sichten und durchzuarbeiten. Ein solcher Ausschuß müßte Experten ständig beiziehen und weitere Experten fallweise durch den Präsidenten des Hauses einladen. Diese Arbeit wird natürlich ihre Zeit erfordern, aber je eher sie begonnen wird, desto eher wird ein Ergebnis da sein.

Es ist vernünftig, wenn sich die Gesetzgebung mit der Verwaltungsreform befaßt, denn logischerweise muß sich eine Unter-

suchung der Probleme der Verwaltungsreform auch mit der Frage beschäftigen, inwieweit Kompetenzverteilungen, Behördenaufbau, Behördenorganisation und Geschäftseinteilung am einfachsten und sparsamsten organisiert werden. Dazu ist die Gesetzgebung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, um als Volksvertretung für eine möglichst sparsame und einfache Verwaltung zu sorgen. Der Staatsbürger soll dem Staat und seiner Verwaltung nicht fremd gegenüberstehen, er soll der Regierung und den Behörden nicht mit Feindseligkeit gegenüberstehen und sie nicht als etwas Feindseliges empfinden. Dem Bürger Rechtssicherheit zu geben ist daher oberstes Gebot. Auslegung von Gesetzen und Rechtsvorschriften ist nicht eine Angelegenheit freien Ermessens, sondern muß nach den Grundsätzen wirklicher Objektivität und Gerechtigkeit erfolgen. Das Parlament beschließt die Gesetze — Regierung und Behörden verwalten das, was beschlossen worden ist und was allen gehört.

Die Bundesfinanzgesetze der Zweiten Republik haben auf wirtschaftlichem Gebiet den Erfordernissen eines modernen Sozialstaates, wenn auch etwas zögernd, Rechnung getragen. Eine grundlegende Reform unserer Verwaltung aber muß dem einzelnen Bürger gegenüber die letzten Reste des alten Obrigkeitsstaates beseitigen. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Gredler zum Wort.

Abgeordneter **Dr. Gredler**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Beim Beschreiten dieser Tribüne hörte ich aus den Reihen meiner Abgeordnetenkollegen einer anderen Partei den liebenswürdigen und schmeichelhaften Zuruf, daß es jetzt lebendig werden würde. Ich hoffe, daß diese Weissagung recht behält.

Meine sehr Verehrten! Ich wußte schon beim Herauskommen, daß es kein sehr schwieriges Beginnen wäre, gegen die Regierung zu polemisieren, da meine geehrten beiden Vorredner aus den Reihen der Regierungsparteien immerhin so viel Material zusammengetragen haben, daß man eine mehrstündige Rede gegen die Regierung daraus speisen könnte.

Ich dachte dagegen vor Beginn der heutigen Sitzung, daß es ein schwieriges Beginnen werden würde, mit dem Herrn Finanzminister über sein Budget zu polemisieren, denn er hat andere propagandistische Möglichkeiten zur Verfügung als ein Redner der Opposition. Ihm steht mehr als eine Stunde über das Radio zu, einem Oppositionsredner der Freiheitlichen nur wenige Minuten. Und ich dachte, daß die Ausführungen des Herrn Finanzministers auch eine Stütze durch meine beiden Vorredner von den Regierungsparteien

finden würden. Dies war, wie Sie mir zugeben müssen, nur wenig der Fall. Hier haben die Worte der Kritik bei beiden, vor allem bei dem letzten der Vorredner, überwogen.

Ich habe auch angenommen, daß es nicht leicht ist, mit dem Finanzminister zu polemisieren, denn er weiß aus der Fülle seiner Kenntnisse seine nicht selten wechselnden Konzepte mit dem Mantel volkswirtschaftlicher Theorien vorzüglich zu umkleiden. Der Herr Finanzminister kennt seinen Keynes, aber er kennt auch seinen Hayek und seinen Röpke und blättert sicher gerne in den Enunziationen seiner Freunde Richard Kerschagl und Horst Knapp.

Er findet freilich in seinen Reden auch Mahnworte über die Finanzpolitik, letzten Endes also über seine eigene Finanzpolitik. Und sein Parteifreund Dr. Maleta findet Mahn-, ja sogar schelmische Worte über die Mehrausgaben und vergißt dabei, daß letzten Endes die Koalition, also seine eigene Partei ebenfalls, diese Mehrausgaben mit ~~ihren~~ ^{ihnen} Voten beschließt und nicht etwa die freiheitliche Opposition.

Ich las nun kürzlich in der „Presse“ einen Artikel des Herrn Finanzministers, der unter der Überschrift „Budget nicht nur mit Rechenschieber“ oder „ohne Rechenschieber“ oder ähnlich erschien. Ich darf mir sicherlich diesen Begriff ausborgen und ihn teilen: „Budget sicher nicht ohne zu rechnen!“ Denn in einem sehr interessanten Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ — und damit es nicht abgestritten wird, steht hier: „Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs“ (*Heiterkeit*) — heißt es unter: „Hoppla, wir machen Schulden!“ durch den führenden Nationalökonom der SPÖ, Karl Ausch — ich nehme an, K. A. ist sein Pseudonym —: „Dieses Budget ist nämlich in vielen Positionen gründlich frisiert“. Es wurde also nicht nur gut gerechnet, es scheint auch das Budget gut frisiert worden zu sein. Aber da wir aus der Rede des Herrn Abgeordneten Olah, des Klubobmannes der Sozialistischen Partei, gehört haben, daß die Sozialisten diesem „friserten“ Budget zustimmen, befürchte ich, daß sie in die Rolle von Friseurgehilfen geraten werden. (*Heiterkeit*.) Das nimmt an sich freilich nicht wunder, denn nach der Aussage eines früheren Obmannes einer Landesorganisation der Volkspartei hat die ÖVP wiederum die Spenden für die Sozialisten mitquittiert: Finanzierungsgehilfen die einen, Frisierungsgehilfen die anderen — Gehilfen nach dem Proporz!

Also nicht ein Budget, ohne zu rechnen; denn aus dem gleichen Artikel erfährt man auf Seite 2, daß zu dem ausgewiesenen Defizit

in der ordentlichen Gebarung in das außerordentliche Budget 1 Milliarde 260 Millionen Schilling „verschoben“ und daß 411 Millionen Schilling „weggezaubert“ wurden. Ich halte mich an die wörtlichen Ausdrücke der für das Budget stimmenden Sozialisten.

Wir lasen eben das Wort „verschoben“. Kehren wir nun zu dem Begriff des Rechenschiebers zurück und stellen wir fest: Ohne zu rechnen ist also das Budget nicht erarbeitet worden. Aber, meine sehr Verehrten: „Budget ohne Schieber“?, um den zweiten Teil dieser Worte zu nehmen — auch das nicht, denn wir wissen, daß bei den in die hunderte Millionen gehenden Korruptionerscheinungen allein aus der letzten Zeit, die immer wieder parteipolitisch verfilzt sind, diese hunderte Millionen von irgendwoher bezahlt werden müssen, und diese Verluste treffen den Steuerzahler, sie sind im Grunde genommen irgendwo im Budget enthalten. Natürlich findet man sie nicht. Es ist mit diesen Schiebungen und mit dem Verstopfen der so entstandenen Löcher so wie etwa mit der Geschichte von dem Vertreter, der seinem Chef eine Reisekostenrechnung übergibt, in der ein Hut enthalten ist. Als der Chef die Kostenrechnung empört zurückweist, wird er von seinem Vertreter nun mit einer neuerlichen bedacht, in der zwar der Hut nicht drinnen steht, aber die gleiche Endsumme. Der Hut ist drinnen, aber man findet ihn nicht. Der Haselgruber ist auch drinnen, aber, obwohl er nicht zu leicht geraten ist, findet man auch ihn nicht. (*Zwischenrufe.*)

Keinesfalls nur freiheitliche Organe, sondern auch zahlreiche überparteiliche Stimmen haben die Regierung beschuldigt, seit geraumer Zeit nicht zu regieren, sondern eigentlich nur mehr zu verwalten. Das Wesentliche scheint nicht zu sein, daß das Krebsgeschwür der Korruption wegoperiert wird, sondern daß man den ganzen Staat von der mit der Bereitung der Abwässer betrauten Dame bis hinauf zu den Generaldirektoren in eine Art Zweiklassengesellschaft teilt: in einen schwarz-roten Proporz-„Adel“ — wobei der Ausdruck „Adel“ unter Anführungszeichen zu setzen ist — und in jene deklassierten nichtprivilegierten Menschen, die ebenso verzweifelt wie vielfach hoffnungslos versuchen, durch Leistung und nicht mittels Parteibuch eine entsprechende Position zu erhalten oder zu behalten.

Die Aufteilung der Planstellen innerhalb des Proporz ist für beide Regierungsparteien ein viel ernsteres Problem als etwa die sachliche Beratung notwendiger Gesetze. Freilich, mein Herr Vorredner, der sozialistische Klubobmann Olah, hat mit einer kürzlichen Ausführung nicht unrecht, wenn er sagte, schließlich bestätige die Wählerschaft in zahlreichen

Wahlentscheidungen diese Koalition und damit auch den Proporz. Der Proporz müßte abgeschafft werden durch den einzig wirksamen Protest der Wählerschaft: mit dem Stimmzettel.

Der Schacher um die Proporzposten ist beiden Regierungsparteien wesentlich wichtiger als ideologische Differenzen. Es kommt interessanterweise immer wieder in diesem Hause vor — es ist heute schon in einer Rede angetönt worden —, daß die Rechte kollektivistische Meinungen äußert und die Linke für die Liberalisierung eine Lanze bricht. Freundliche Worte zum Dollfuß-Konkordat vor allem auf der Linken, die Rechte wirbt um freiheitliche Wähler, die Linke will die Tarife erhöhen, die Rechte will die Arbeitszeit verkürzen, und wenn der Herr Finanzminister seine große Budgetrede hält, dann geschieht — und wir haben es ja gesehen — das Merkwürdige, daß der rechte Teil der Sozialisten schweigt, während die links Sitzenden ihm applaudieren. Soll das etwa heißen, daß der Herr Dr. Kamitz von den Linkssozialisten gestützt werden wird? (*Abg. Dr. Pittermann: Da könnte er mir aber leid tun!*) Nun, der Applaus damals schien darauf schließen zu lassen, und manche geäußerten Ansichten der letzten Zeit gelegentlich auch. Man kommt sich in diesem Haus also vor wie in einem ideologischen „Vater-leih-ma-d'Scher!“ — Spiel.

Es ist eben in diesem Proporzregime nicht der geistige, der weltanschauliche Standpunkt wichtig, sondern die Frage der Postenverteilung. Wir Freiheitlichen empfinden als uns gemäße Lebensform nur diejenige, die freie Leistung und freie Entscheidung anerkennt. Leider entsteht als Ergebnis der heutigen Regierungspolitik, sicher auch der **totalitären Epochen** der Vergangenheit — schon mein Vorredner hat davon gesprochen, daß die Wurzeln des Obrigkeitsstaates beseitigt werden müssen, wir bekommen doch immer mehr und mehr eine neue Form des Proporzobrigkeitsstaates in unserem Lande —, eine Scheu, ein Ausweichen, ein Verzicht auf Freiheit und Verantwortung in breiten Kreisen der Bevölkerung. An die Stelle einer Freiheitsliebe, die in vergangenen Jahrhunderten oft Zentralpunkt aller Anschauungen war und heute bei nicht wenigen überseeischen Völkern ebenfalls eine motorische Kraft darstellt, ist mehr und mehr der Wunsch nach Sicherheit und das Abseitsstehen vom staatlichen Geschehen getreten. Nach den Worten des französischen Soziologen Bertrand de Jouvenelle verdrängt der Menschentyp der *Sécuritaires* den Typ der *Libertaires*.

Wir in der freien Welt, im freien Europa müssen ein System finden, welches Sicherheit und Freiheit zu vereinen weiß. Daß dies in der Politik der Koalitionsparteien nicht gefun-

den ist, stellt die wirtschaftliche und politische Praxis in Österreich stündlich unter Beweis.

Der Herr Abgeordnete Dr. Maleta hat recht gehabt, als er meinte, es wäre notwendig, in einer Generaldebatte, einer ersten Lesung auch Grundgedanken zur Wirtschaftspolitik zu äußern und die Auswirkungen zu untersuchen. Ich darf mich daher ebenfalls an diese seine Aufforderung halten.

Wir Freiheitlichen halten die freie soziale Marktwirtschaft für das beste wirtschaftliche System, die Privatinitiative für den besten Weg, die Produktion zu erhalten und zu erweitern. Energie und Unternehmungslust von zahlreichen unmittelbar wirkenden Menschen in den Betrieben von Gewerbe und Handel, in der Landwirtschaft und in den freien Berufen bringen den notwendigen schöpferischen Ansporn und wirtschaftliche Blüte. Gerade, wenn die Funktionen der Überlegung und Entscheidung breit gestreut sind, gedeihen die Impulse der Erneuerung. Sicher gibt es hier auch Fehler, Irrtümer, Verluste, aber eben nur Verluste einzelner, die selbst in der Summe weit weniger schaden als die Irrtümer einer zentralen Planstelle, die unter Umständen eine Volkswirtschaft bis ins Mark treffen können.

Wir Freiheitlichen sind weit davon entfernt, dem Liberalismus alter Tage das Wort zu reden. Der Staat hat im modernen Wirtschaftsleben eine unleugbare Aufgabe: er soll gerade dieses Marktsystem als Notwendigkeit für die menschliche Freiheit, den wirtschaftlichen Wohlstand, die persönliche Sicherheit nicht nur anerkennen, er soll dieses System stärken! Im Zweifelsfall soll er Entscheidungen zugunsten der Freiheit fällen und Planungen nur setzen, wo sie notwendig sind. Veränderungen, die sich aus dem Problem der Integration ergeben, hat er zu erleichtern, niemals aber etwa Subventionen zum Selbstzweck zu machen. Wenn der Staat Schutzmauern gegen den Wettbewerb errichtet oder selbst im Innern Monopole schützt oder anstrebt, dann wird er dem wirtschaftlichen Fortschritt und der Bevölkerung überhaupt nicht dienen. Vor allem aber, wenn das wirtschafts- und leistungsfremde System des Parteibuchzwanges zur obersten Maxime wird, dann verstößt der Staat gegen fundamentale Grundsätze des Leistungsprinzips und setzt an Stelle von Ansporn und Belohnung für die Mehrleistung Gesinnungsbeugung und Gesinnungszwang. Anstatt im Wirtschaftsleben die gleichen Startbedingungen jedermann zu gewähren und damit jedermann das Recht zu geben, durch Mehrleistung auch mehr zu werden oder mehr zu besitzen, damit aber auch wiederum der Gesamtbevölkerung Österreichs eben durch diese kumulierte Mehrleistung ein besseres Abschneiden im inter-

nationalen Wirtschaftsleben zu sichern, ist Österreich ein Spielball von protektionistischen und Korruptionerscheinungen geworden.

Wir bekämpfen auch das Streben einzelner Politiker, um des Stimmzettels willen diesen oder jenen Berufsstand in Gegensatz zu den anderen zu bringen. Wir glauben an eine soziale Volksgemeinschaft, an ein Entstehen nach dem Grundsatz „Einer für alle, alle für einen!“ Das ist mit ein Grund, warum ich schon hier anmelden darf, daß wir die Schaffung eines Katastrophenfonds begrüßen würden, um die Bevölkerung draußen und vor allem die Bevölkerung im Gebirge vor Naturkatastrophen zu schützen oder die Härten dieser Naturkatastrophen zu erleichtern.

Wir haben als Abgeordnete der Dritten Kraft schon seinerzeit die Wertbeständigkeit des Geldes verteidigt. Eine Inflation — es wurde heute richtig gesagt — gehört zu dem Übelsten, was Staatsbürger erleben können, sie führt zur Vernichtung zahlreicher Hoffnungen und großer wirtschaftlicher Werte.

Wenn man heute mancherorts predigt, daß die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft nur im Zuge einer laufenden Geldentwertung möglich sei, so bedeutet dies eine Fieberkur, an der ein Kranker im Laufe der Zeit nicht genest, sondern stirbt. Daß die Sparer in Österreich seinerzeit immer wieder auf das härteste getroffen wurden, ist bekannt. Daß der so wichtige Kapitalmarkt, den auch die Regierung heute noch nicht entsprechend fördert, zur Unmöglichkeit wurde, ist den Denkenden kein Geheimnis. Wir werden daher alle Maßnahmen des Staates stützen, die die Inflation oder Depression vermeiden wollen: Maßnahmen indirekter Art auf dem Gebiet der Geld-, Steuer-, Kreditpolitik, Überlegungen der Budgetpolitik hinsichtlich der öffentlichen Ausgaben, der öffentlichen Schulden.

Wir verfolgen mit Interesse die Bestrebungen der Regierung auf dem Gebiet der Lohn-, der Preis-, der Arbeitsplatzkontrolle, der Zollpolitik, der Ein- und Ausfuhrpolitik, und wir können sie keineswegs immer als gelungen bezeichnen. Auch hier wie auf so vielen anderen Sektoren ein Hin und Her, eine Planlosigkeit, ein Gegeneinander! Während beispielsweise in Teilen der Steiermark, im Burgenland oder anderswo Obst unverkauft auf dem Boden verfault, gibt es wahrscheinlich zehntausende Kinder und Hunderttausende von alten Rentnern, die nicht imstande sind, sich auch nur ein paar Äpfel zu leisten.

Eine Übersicht über die Wirtschaftspolitik der Freiheitlichen kann nicht ohne ein Bekenntnis zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zu engen ökonomischen Bindungen zwischen den freien europäischen Völkern

gegeben werden. Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede von einer Abhängigkeit, einer Interdependenz, wie er, glaube ich, sagte, innerhalb der gesamten Welt gesprochen. Diese richtige Feststellung gilt noch viel mehr für den europäischen Raum, für den Raum Mittel- und Westeuropas. Wir haben es daher bedauert — und wir werden noch oft Gelegenheit haben, darüber zu sprechen —, daß unsere Regierung in mißverständlicher Auslegung unserer militärischen Neutralitätspflicht den mutigen und notwendigen Schritt in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft leider nicht getan hat.

Ich sagte schon: Wir Freiheitlichen glauben an einen wachsenden zwischenstaatlichen Handel, an ein gesundes Wettbewerbsprinzip, nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb unserer Grenzen. Um darin bestehen zu können, bedarf es freilich eines gesunden, korruptionsfreien Wirtschaftssystems, und daß von diesem leider in unserem Vaterland keine Rede sein kann, das beweist Ihnen die tägliche Lektüre Ihrer eigenen Parteizeitungen. Mit einem System der Verpolitisierung, einem System der Zulassung politisch abgeschirmter Korruption werden wir uns in einem europa-weiten Feld des freien Handels und einer harmonisierten Sozialpolitik nicht durchsetzen können. Um in der internationalen Wirtschaft zu gedeihen, müssen wir dafür sorgen, daß sich die österreichische Wirtschaft, die Leistung in unserer Heimat auch entsprechend entfalten kann.

Dazu gehört auch die Vollbeschäftigung. Sie wissen, man spricht davon, wenn man nicht mehr als höchstens 3 Prozent Arbeitslose im Durchschnitt in einem Land hat. Der Osten bietet uns das Konzept einer Art Vollbeschäftigung zum Preise menschlicher Unfreiheit an. Man kann ihm freilich antworten, daß der durchschnittliche Arbeitslose von seiner Arbeitslosenunterstützung in den freien Ländern meist das gleiche oder mehr kaufen kann als der vollbeschäftigte Arbeiter im Osten um seinen Lohn. Dennoch ist dies für Arbeitslose im Land kein Argument. Wir müssen also versuchen, in einem System der freien Wirtschaft auch Not, Elend und Arbeitslosigkeit auszuschalten ebenso wie niedrige Produktivität, niedrige Einkommen und niedrigen Lebensstandard.

So sind denn unsere Prinzipien in ihrer Generallinie: freie und soziale Marktwirtschaft, Anerkennung der Privatinitiative, volle Verteidigung der Eigentumsrechte, des Prinzips von Ansporn und Belohnung für die Leistung, Wertbeständigkeit des Geldes, Vollbeschäftigung und ein Eintreten für einen unbehinderten zwischeneuropäischen Handels- und Zahlungsverkehr. Wir Frei-

heitlichen glauben, daß auf diesen Grundsteinen eine freie Wirtschaft aufgebaut werden muß und daß diese auch die Elemente für ein stetes Wachstum in sich tragen und Bausteine einer freien Wirtschaft sind.

Wir halten im modernen Sozialstaat auch alle Bemühungen sozialpolitischer Natur, wie etwa Arbeitslosen- und andere Sozialversicherungen, für wesentlich, schon um die dynamische Natur einer freien Konkurrenz, eines freien Wirtschaftsablaufes jedermann zugänglich zu machen und für jedermann zu sichern. Darüber wird in der Spezialdebatte noch mein Klubkollege Dr. Kandutsch Gelegenheit haben, ausführlich zu sprechen. Soziale Maßnahmen dürfen aber keine Zwangsjacke darstellen, sondern sollen alle die Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen erweitern, statt sie zu beschränken.

Es mag nun richtig sein, meine Damen und Herren, daß in den letzten Jahren der Devisenschatz der Nationalbank gestiegen ist, daß der Schilling weitgehend stabilisiert wurde, daß die Vollbeschäftigung halbwegs gesichert ist, daß der Lebensstandard zwar für breite Schichten nicht, aber doch immerhin für viele Menschen in ausreichendem Maße gehoben worden ist. Allerdings darf man nicht verkennen, daß die Vergleichsmaßstäbe für heute günstig sind, haben wir doch Jahrzehnte von Kriegs-, Zwischenkriegs- und Nachkriegszeiten hinter uns.

Festzuhalten ist ferner, daß diese positiven Erholungsbestände unseres Wirtschaftslebens im Zuge einer europäischen, ja im Zuge einer Weltkonjunktur an den Grenzen unserer Heimat nicht haltgemacht haben, daß dies aber keinesfalls dem Koalitionssystem zu danken ist.

Ich habe als Sprecher der freiheitlichen Opposition die Pflicht, jene zahlreichen Fehler bloßzulegen, die weder die Budgetpolitik des Herrn Finanzministers noch die Tätigkeit der Koalitionsregierung irgendwie verhindert haben.

Ich stütze mich dabei keinesfalls etwa nur auf Quellen meiner eigenen Partei, sondern Sie können darüber in zahllosen Artikeln und Reden überparteilicher Organe, ja wechselweise in den Blättern der beiden Regierungsparteien vieles konstatieren und werden im Zuge dieses munteren Wahljahres, das da heute eingeleitet worden ist, noch Gelegenheit haben, ausführlich und vieles gegeneinander zu hören und zu lesen.

Vor allem aber möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß eine große Zahl dieser Fehler nicht entstanden wäre oder rechtzeitig hätte vermieden werden können, wenn das Parlament nicht gehindert wäre, seiner wirklichen Aufgabe als Gesetzgeber nachzukommen. Es hätte sich fast immer in diesem Hause für

alle offenen Fragen eine eindeutige Mehrheit finden lassen. Die Koalition muß schon sehr schwach und sehr brüchig sein, wenn ihre beiden Flügel, die zeitweise sogar zu einer Gruppe zusammenwachsen — siehe gemeinsame Finanzierungsvorgänge —, während sie vor den Wahlen einander heftig bekämpfende Gruppen bilden, die nicht riskieren — einmal der eine, einmal der andere Teil —, in einer offen Abstimmung auch zu unterliegen.

Müßte wirklich die österreichische Bundesregierung zurücktreten, wenn etwa die Normen für das Briefftaubengesetz, das uns schon seit Monaten vorliegt, nicht proporzineinheitlich, sondern mit einer anderen Mehrheit erreicht würden? Sehen Sie doch in ausländische Parlamente, wo ja auch nicht alles vorher ausgepackelt ist, sondern wo sich auch Mehrheiten finden, so wie sie eben im Hause an sich vorhanden wären. (*Abg. Machunze: Aber doch nicht wegen der Briefftauben!*) Die Briefftauben, Herr Kollege, wären vielleicht gar nicht in ein anderes Parlament gekommen! Bei uns brachte man diesen Antrag in einer Parlamentsperiode des völligen Stillstandes ein, weil man gehofft hat, daß sich die Koalition wenigstens bei den Briefftauben einigen wird. Aber da die Tierchen nicht nach dem Proporz fliegen, haben Sie sich nicht einmal hier geeinigt. (*Abg. Machunze: O ja, es ist zu einer Einigung gekommen!*) Bitte, vielleicht haben Sie sich in einem Koalitionsausschuß geeinigt. Für mich im Parlament ist die arme Briefftaube gesetzlich noch nicht genormt. (*Abg. Mark: Im Unterausschuß! Sind Sie nicht Mitglied?*) Lassen wir sie aber nun wieder wegfliegen!

Die Frage der Korruption wurde heute schon erwähnt. Das Ergebnis der VÖEST-Untersuchung steht noch immer aus. Auf die Probleme der Organbildung im Rahmen der verstaatlichten Industrie ist hingewiesen worden.

Ich möchte dazu folgendes sagen: Das Gesetz vom Juli 1956 spricht ausdrücklich von einer Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der im Hauptausschuß vertretenen Parteien. Jedoch rechts- und verfassungswidrig hat die Bundesregierung dies so ausgelegt, daß sie bei den weit über 200 oder 250 Aufsichtsräten, wenn ich den Rundfunk ausschalte, nicht einen einzigen Freiheitlichen berücksichtigt hat. Ich möchte, meine sehr Verehrten, hier nicht mißverstanden werden. (*Abg. Dr. Gorbach: Nur Fachleute!*) Sehr richtig, Fachleute! Nur Fachleute! (*Abg. Dr. Gorbach: Deswegen sind Sie zu kurz gekommen!*) Aber die hätten wir Ihnen, Herr Präsident, ja präsentiert! Wir haben Ihnen für den Rundfunk auch schon einen Dr. jur., Dr. rer. pol. und Ingenieur in einer Person serviert. So einen mit drei akademischen Titeln habt ihr nur beim Illig! (*Heiterkeit.*)

Wir sind Gegner des Proporz, in den Vorständen der verstaatlichten Industrie überhaupt, genauso wie übrigens der Generaldirektor der IBV, der sich aber mit seinem Konzept anscheinend bei den ihn beauftragenden beiden Regierungsparteien nicht durchsetzen konnte. Wir sind auch Gegner — richtig! — des Proporz in den Aufsichtsräten. Wir wollen — richtig! — Fachleute, Leistung und Charakter! Wo aber ein Gesetz gegen unsere Ansicht eine Parteiberücksichtigung vorsieht, dort muß man sich auch an das Gesetz halten, darf aber nicht, wie im Wahlsystem oder anderswo, immer wieder gegen den Grundsatz der Gleichheit der Staatsbürger verstoßen. Wo Sie also nach dem Proporz aufteilen, können Sie nicht Ihr eigenes Gesetz brechen und Leute nicht berufen, weil sie eben zufällig zwar dem Hauptausschußschlüssel nach hineingehören würden, Ihrem internen Proporzschlüssel aber, Ihrem Farbenspiel „zwei glatt, zwei verkehrt, einer schwarz, einer rot“, nicht entsprechen. (*Abg. Dr. Neugebauer: Neue Sorgen!*) Wenn der Erstverantwortliche dieser Politik, der Herr Bundeskanzler Raab, in seiner Rede vom 18. dieses Monats an die national-freiheitlichen Wähler appelliert hat, glaube ich, daß er angesichts einer solchen Situation zweifellos auf einen nur geringfügigen oder gar keinen Beifall stoßen wird.

Wir fordern die eheste Einbringung des Zwischendienstzeitengesetzes. Dieses Dienstausgleichsgesetz ist uns durch den Herrn Bundeskanzler in einer Besprechung schon vor fast zwei Jahren zugesagt worden. Wir warten noch darauf.

Über die Gewährung eines 14. Monatsgehaltes für die öffentlich Bediensteten ist hier schon gesprochen worden. Im Wege einer Verwaltungsreform nach dem Grundsatz „weniger und dafür besser bezahlte Beamte“ hätte man das durchführen können. Wir würden es begrüßen, wenn wenigstens der halbe 14. Monatsbezug noch im Jahre 1959 geleistet werden könnte.

Wir erinnern die Bundesregierung an ihre Zusagen in und außerhalb der letzten Regierungserklärung, im Laufe dieses Jahres für die Geschädigtengruppen entsprechend zu sorgen. In diesem Sinn verlangen wir die Novellierung des Besatzungsschädengesetzes, des Kriegssachschädengesetzes und des Gesetzes über finanzielle Hilfeleistungen an Spätheimkehrer. Ebenso fordern wir, daß endlich etwas für die Rückstellungsgeschädigten geschieht. Daß für Heimatvertriebene, Flüchtlinge, nicht zuletzt auch für die Auslandsösterreicher noch immer kein Lastenausgleich geschaffen worden ist, gehört nicht zu den Ehrenblättern der Zweiten Republik. Auch die Verpflichtung zu einer gesetzlichen Regelung zugunsten der Jugoslawien-Geschädigten soll hier angetönt werden.

Wenn aber schon unzureichende Gesetze für die Geschädigten erlassen worden sind, dann hätte man das mindeste machen können, nämlich eine schleunige und klaglose Durchführung zu gewährleisten und alte und erwerbsunfähige Personen wirklich rasch und vordringlich zu behandeln. Es ist bedauerlich, daß man diese seit weit über einem Jahrzehnt genasführten Kriegssachgeschädigten noch mit einem umständlichen Papierkrieg geradezu zur Verzweiflung treibt.

Übrigens in diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Verwaltungsreform. Man hätte gar nicht unbedingt dafür neues Personal aufnehmen müssen. Man hätte ja alte, geschulte Beamte, die man im Wege einer entsprechenden Reform anderswo hätte einsparen können, als Personalreserve rechtzeitig für die Aufgaben auf dem Gebiete der Schadensgesetze einschalten können und sofort nach Erlassung des Gesetzes auch einsetzen sollen und müssen.

Dieser Masse der Geschädigten, die sich meist in wirtschaftlich sehr schlechten Verhältnissen befinden, kann man nicht entgegenhalten: Ja, die Preise sind stabil geblieben! Ich vergleiche die Preise einiger Konsumgüter mit dem Index 1957 und höre, daß Kohle, Strom, Verkehrsbetriebe, Papierwaren, Haus- und Küchengeräte, Geschirr, Schuhe, Wollstoffe, Nähseide, Weißwaren, Waschmittel, Parfümeriewaren, Leder, Bier, Fruchtsäfte, Kristallzucker und seit neuestem Zigarettenspapier teurer geworden sind. Dies nur als Beispiel. Vielleicht sei dazu noch erwähnt, daß trotz der verhältnismäßig günstigen Lage der Weltwirtschaft, der europäischen und auch der innerstaatlichen Wirtschaft von 1952 bis 1957, trotz der kleinen Steuerermäßigungen die öffentlichen Abgaben um 74 Prozent gestiegen sind, das Volkseinkommen aber nur um 59 Prozent sich erhöhen konnte.

Die Regierung weist gerne auf wirtschaftspolitische Erfolge hin. Vergessen wir doch nicht, daß trotzdem die Steuern in Österreich innerhalb der freien Welt oder zumindest des freien Europas in den meisten Sparten die höchsten sind, daß der Kapitalmarkt von der öffentlichen Hand her blockiert erscheint, daß die Aktie unter den geltenden Steuerverhältnissen und trotz des Schlagwortes von den Volksaktien dem Volk in Wahrheit verschlossen ist. Meine Damen und Herren! Wir haben einmal seitens des Heeresministers gehört, wir seien ein Volk von Panzerknackern. Nun, eher sind wir noch ein Volk von Panzerknackern als ein Volk von Volksaktionären! Wir sind vielleicht nach den Ausführungen des Herrn Dr. Maleta künftig ein Volk von Mopedfahrern, aber sicher sind wir nach der gegenwärtigen Wirtschafts-

lage nicht eines von Volksaktionären. Der Proporz, das heißt, der Prozeß dieser Proporzverbonzung hat dazu geführt, daß wirkliche Reichtümer heute nur im Schoße des verstaatlichten oder des privaten Managerbonzentrums angesammelt werden können.

Daß die wichtigsten Probleme der Landwirtschaft ungelöst bleiben, ist heute schon gesagt worden. Zu dem Milch-Fett-Problem kommt nun das Obstproblem. Ich habe darüber schon gesprochen. Tonnen wertvollen heimischen Obstes verfaulen — leider haben nicht rechtzeitig Maßnahmen eingesetzt. Das Landwirtschaftsgesetz bleibt ungeschaffen. Die Abgrenzung agrarischer Handel — agrarische Genossenschaften ist ein Streitpunkt nicht nur innerhalb der Koalition, sondern sogar innerhalb der Volksparteigruppen selbst.

Über die unbefriedigenden Kriegsschädengesetze ist schon gesprochen worden.

Die Autobahn wurde von dieser Regierung zu einem Wahlschlager degradiert; im Herbst 1952 versprochen, wird vielleicht frühestens 1962 Wien mit Salzburg verbunden sein und ein Jahrzehnt später unsere Hauptstadt mit Tarvis.

Der entsprechende Ausbau der Energiewirtschaft ist unterblieben, und selbst Regierungspolitiker haben von dieser Stelle aus ernste Worte über eine kommende Verknappung gesprochen. Daß sich die Verkehrspolitik viele Versager geleistet hat, weiß man. Die Bahn ist schwer defizitär. Tarifierhöhungen sollen das einzige Heilmittel gegen die Passiven bei Bahn und Post sein. Damit beginnt aber der von diesem System verkündete Preis- und Lohnstopp aufzuhören, und wie so oft in unserer Heimat beginnt die Preisspirale sich gerade im Sektor der öffentlichen Betriebe wieder in Bewegung zu setzen.

Genausowenig ist es der Sozialpolitik gelungen, brennende Fragen zu lösen. Neun Zehntel der Rentner sind heute unter dem Existenzminimum berentet, die Leistungen für Kriegsversehrte, für Kriegerwaisen und Kriegerwitwen gehören zu den schlechtesten in Europa. Die berechtigten Forderungen etwa der Sterilisiertengruppe fanden keine Erfüllung. Die Krankenkassen versuchen vergeblich, ihre Lücken durch Enqueten abzudecken.

Zahlreiche Probleme der Sozialversicherung sind schlecht oder überhaupt nicht gelöst. Und, wie in diesem Haus heute richtig unterstrichen wurde, das entscheidend wichtige Problem der Wohnungswirtschaft ist überhaupt seit vielen Jahren — nicht nur seit 1957, wo Sie, wie wir hörten, miteinander unterhandelten — nicht ernstlich gelöst. Seit vielen Jahren finden Sie beide nicht den Mut, den Fragenkomplex richtig anzupacken. Was ist das Ergebnis? Wir haben es auch heute hier gehört: Verfallender Althausbesitz, unzu-

friedene Mieter, überhaltene Untermieter, zahlreiche Wohnungsuchende und Obdachlose. Dagegen erhalten, mit öffentlichen Mitteln subventioniert, Protektionskinder der Großparteien kommunale oder Eigentumswohnungen. Wendet man sich dagegen, dann heißt es, wir seien gegen den sozialen Wohnbau. Nein, meine sehr Verehrten, wir sind für den sozialen Wohnbau, aber für einen sozialen und nicht für einen Protektionskinder-Wohnbau. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Für den Abbau des Klassenkampfes, für die innere Propagierung einer echten Partnerschaft im Betrieb ist nirgends gesorgt worden. Es ist fast überflüssig, hier noch zu erwähnen — was heute mehrfach getan wurde —, daß für die kulturpolitischen Belange im Budget wie überhaupt in der Regierungspolitik kaum vorgesorgt wird. Namhafte Gelehrte wandern ab, es fehlt an technischem Nachwuchs, künstlerisches Schaffen in wirklich hohem Sinn wird nur wenig produziert, höchstens reproduziert. Und wer über den Rundfunk Bescheid wissen will, braucht sich nur bei Radiohörern zu erkundigen.

Man sage nun nicht, wir Freiheitlichen würden hier nur fordern, wir würden es uns nicht auch überlegen, wie man die Bedeckung findet. Wenn man im österreichischen Budget nur 14 Prozent für nicht unbedingt gebundene Verwendung freihält, dann ist es sicherlich sehr schwierig, viele berechnete Forderungen zu befriedigen. Aber warum geht man nicht wirklich an das Problem der Verwaltungsreform heran, von der Herr Dr. Pittermann gesagt hat, sie wäre notwendig; worauf allerdings wenige Tage später sein Parteifreund Innenminister Helmer gemeint hat, sie sei undurchführbar. *(Abg. Dr. Gorbach: Legen Sie das Konzept auf den Tisch! Das wäre sehr interessant!)* Das Konzept zur Verwaltungsreform ist sicherlich ein sehr mühseliges und schwieriges. Es ist heute schon nicht unrichtig gesagt worden, daß es bei der Legistik beginnen müßte, durch einfache und klare Gesetze. Ich habe zum Beispiel vor etwa zwei Jahren, glaube ich, das Schenkungssteuergesetz durchgelesen, und sein § 8 war nur verständlich, wenn man ihn von hinten nach vorn so wie die ungarische Grammatik durchentwickelt hat. Damit — da haben Sie recht — müßte es beginnen. Aber es ist selbstverständlich für die Freiheitliche Partei, die ja die Fragen des Budgets nicht röntgen kann, die ja, wie ich schon sagte, nicht weiß, wo etwa es „haselgrubert“, die ja die Verwaltungen nicht röntgen kann, für die sie die Verantwortung nicht trägt, schwer möglich, Ihnen jetzt zu sagen, auf diesem oder jenem Sektor könnte man Einsparungen machen. *(Abg. Dr. Kranzl-*

mayr: Darum ist es leichter, zu reden!) Lieber Dr. Kranzlmayr, es mag für uns leicht zu reden sein, aber für euch, die ihr die Verantwortung tragt, wäre es notwendig, zu handeln! Vielleicht ist es schwer, zu handeln, aber ihr beginnt ja nicht einmal damit. Sagt nämlich der eine: man muß!, und sagt sogar der Herr Finanzminister: man sollte!, sagt sein Nebenmann: man kann nicht! Das Konzept zu einer Verwaltungsreform erwartet die österreichische Bevölkerung von den für die Regierungspolitik Verantwortlichen — und die sind nicht wir, sondern die seid ihr! *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kummer: Das ist leicht gesagt!)* Es ist nicht leicht gesagt, sondern es muß gemacht werden! Sie können nicht jede politische Frage, die hier aufgeworfen wird und deren Lösung von der Bevölkerung gewünscht wird, damit abtun, daß Sie sagen: Das ist leicht gesagt! Ich weiß, daß sehr vieles schwer getan ist. Aber Regieren darf man sich eben nicht leicht machen. Regieren besteht nicht nur darin, daß man in den Milchwirtschaftsfonds ein oder zwei Proporzdirektoren hineinsetzt, sondern es besteht zugegebenermaßen in schwieriger Arbeit, aber die leisten Sie nicht! *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Gorbach: Das ist keine konstruktive Opposition!)*

Gedanken der konstruktiven Opposition sind heute hier genug geäußert worden! Wo unsere Opposition konstruktiv war, wie zum Beispiel im Vorschlag Scheuch und Hartleb zum Landwirtschaftsgesetz, da haben Sie sich zwar geistig befruchten lassen, aber das Ei ist noch immer nicht ausgebrütet! Warum sollen wir konstruieren, wenn Sie nachher nach einer Schwangerschaftsperiode von vielen Jahren, die jedem Elefanten zur Ehre gereichen würde, noch immer nicht das Ei ausbrüten? — Ein Elefant brütet zwar kein Ei aus *(schallende Heiterkeit)*, aber es dreht sich immerhin um die Ergebnisse. Ich muß Ihnen sogar Ihre Zwischenrufe in den Mund legen. *(Heiterkeit.)*

Auf dem Felde der Außenpolitik hat es Österreich nicht verstanden, den Deutschen in Südtirol entsprechend Unterstützung zu gewähren. Dies ist eine traurige Feststellung, die man auch nicht mit einem bloßen Appell, Italien möge europäisch handeln, aus der Welt schaffen kann. Der Appell wurde heute richtig von Dr. Maleta in dieses Haus getragen. Er wird aber schon seit vielen Jahren vorgebracht und findet keine Entsprechung in Rom. Man kann also mit dem Appell allein den Südtirolern nicht jene Unterstützung gewähren, die sie brauchen.

Daß das Problem des Konkordats von der Regierung so restlos verwirrt wurde, daß damit niemandem gedient wird, ist uns bekannt. Daß die Regierung es verabsäumt

hat, den mutigen Schritt in die EWG zu gehen, darüber ist bereits gesprochen worden.

Unserem Außenressort ist leider noch etwas nicht gelungen, nämlich die Entschädigung oder Rückstellung des österreichischen Auslandsvermögens zu veranlassen, obwohl unsere östlichen Nachbarstaaten durchwegs dem Staatsvertrag beigetreten sind und damit verpflichtet wurden. Der Finanzminister hat dagegen leider in seinen Entwürfen für die Jugoslawien-Geschädigten ein gefährliches Präjudiz geschaffen, indem er nur den Altösterreichern Entschädigungsansprüche zubilligt. Es ist bedauerlicherweise anzunehmen, daß dieser engherzige Standpunkt die Verhandlungen mit den östlichen Nachbarstaaten hinsichtlich Entschädigung des österreichischen Vermögens noch mehr erschweren wird.

Das war einiges zur Außenpolitik, und nun einiges zur Frage der Innenpolitik. *(Abg. Machunze: Wo sind die Entwürfe, Herr Kollege?)* Herr Kollege Machunze! Im Finanzministerium — und das wissen Sie sicher besser als ich — arbeitet man doch an einer Entschädigung für die Jugoslawien-Geschädigten. *(Abg. Machunze: Aber noch kein Parlamentarier hat die Entwürfe gesehen!)* Herr Kollege! Sie waren sicher mit mir im letzten Finanz- und Budgetausschuß beim Kapitel Finanzen, und der gleiche Gedanke, den ich hier inkriminiert habe und von dem ich höre, daß er im Entwurf drinnen ist, ist dort durch den Herrn Finanzminister geäußert worden. Wir sehen uns also beide als Verbündete. Ich werde gerne mit der Freiheitlichen Partei einem Antrag der Österreichischen Volkspartei zustimmen — und damit finden wir die Mehrheit im Hause, wenn nicht sogar alle diesen Antrag unterstützen —, daß man diese Entschädigung auch auf die Neuösterreicher ausdehnt. Wir werden Gelegenheit haben, zu dieser Ihrer Anregung, Herr Kollege Machunze, im Haus beim betreffenden Gesetz Stellung zu nehmen und Sie an Ihren meiner Ansicht nach sehr richtigen Vorschlag zu erinnern, und wir werden konstatieren, wie dann die Abstimmung ausfällt und wie das Gesetz aussehen wird.

Und nun zur Frage der Innenpolitik. Die Koalition hat das Prinzip des Föderalismus vielfach unterhöhlt. Sie hat die Verfassung umgangen, indem sie die tatsächliche Willensbildung in die Hände von Organen gelegt hat, die rechtlich nicht vorhanden sind, denn von einem Koalitionsausschuß weiß unsere Verfassung nichts, um nur etwas zu nennen. Mit Hilfe des Proporzprinzipes, über das man sich mit Recht bereits in Kabaretts lustig macht, ohne daß Erfinder und Anwender darüber Scham empfinden, verletzt man das Rechtsprinzip der Gleichheit der Staatsbürger. Man schließt einen Vertrag über die Konvention der

Menschenrechte, läßt diesen aber rechtswidrig nicht unmittelbar in Rechtskraft erwachsen.

Die Verwaltungsreform ist, wie der Herr Finanzminister richtig gesagt hat, daran, zu einem Schlagwort zu entarten. Fordert sie der eine, lehnt sie der andere ab.

Eine der unangenehmsten Dokumentationen dieser Koalitionsdiktatur ist jenes Wahlsystem, dessen Mängel selbst unser Bundespräsident anläßlich einer Festrede zum 50. Jahrestag des allgemeinen, freien und gleichen Wahlrechtes eingeräumt hat. Ist es wirklich fair, ist es wirklich angängig, daß kleinere Parteien für ein Mandat doppelt soviel und mehr Stimmen brauchen als die Regierungsparteien? Oder ist es wirklich fair und ist es wirklich angängig, daß 42 Anfragen meiner Fraktion allein in dieser Gesetzgebungsperiode seitens der verantwortlichen Regierungsmitglieder ohne Beantwortung geblieben sind? (*Abg. Altenburger: Verwaltungsreform! — Heiterkeit.*) — Sie wollen die Verwaltungsreform bei der Regierung beginnen lassen? Wir werden Ihnen dabei gerne unsere Unterstützung leihen. Es ist dies der erste praktische Vorschlag an die oberen Bänke: Anfragen mögen beantwortet werden.

Unter anderem nenne ich noch die Anregung, das Parlament neuerlich mit einer Beratung über die Todesstrafe zu befassen oder vor allem bei besonderen Blutverbrechen die Straftäter nicht vorzeitig aus der Haft zu entlassen, ein Analogievorgang zu dem englischen Recht. Der Herr Justizminister hat den Gedanken ein, zwei Tage später in einer Rede positiv aufgegriffen, aber niemand hat sich in diesem Haus damit befaßt; es wurde leider auch diese Norm, über die wir an sich sicherlich und geschlossen einer Meinung sind — mag die Frage der Todesstrafe sehr verschiedene Ansichten hervorrufen, in dieser Frage besteht Einheit —, im Parlament nicht einmal erörtert.

Meine Damen und Herren! Es fehlt uns das Vertrauen zu dieser Regierungspolitik. (*Abg. Dr. Maleta: Unsere Wähler haben es schon; das genügt!*) Herr Dr. Maleta hat einmal gesagt: Wir haben zu zweit gearbeitet. Herr Dr. Maleta meint: Ihnen ist das Vertrauen zu der Regierungspolitik gegeben. Ich hatte, muß ich gestehen, bei den Ausführungen des Herrn Vorredners,

des sozialistischen Klubobmannes Olah, gelegentlich das bange Gefühl, daß ihm dieses Vertrauen nicht immer gegeben erscheint und daß das muntere oder, wenn Sie wollen, schelmische Spiel, Opposition und Regierung in sich zu treiben, im nächsten Jahr, dem Wahljahr, noch seine Blüten treiben wird. Es wird nämlich jeder gegen seinen Partner polemisieren, und alle werden alles verlangen, und dann werden sie vielleicht da und dort mit dieser Argumentation auch ihre Erfolge erzielen können. (*Abg. Dengler: Ihr wollt die lachenden Dritten sein!*) Wir wären gerne die lachenden Dritten — hätten wir wie ihr die technische Möglichkeit, alles das, was sich vor und auch hinter den Kulissen abspielt, der Wählerschaft bekanntzumachen.

Die Mängel des Budgets sind so offenkundig, daß sie heute auch von anderen Rednern aufgezeigt wurden. Das Viermilliardendefizit ist ebenfalls gestreift worden. Redner beider Regierungsparteien haben auf die Mängel der Regierungspolitik und der Budgetpolitik hingewiesen. Wir Freiheitlichen werden daher dem Budget unsere Zustimmung versagen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Böhm: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Damit ist die erste Lesung beendet.

Ich bitte jene Damen und Herren, die ihre Zustimmung geben, die Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1959, dem Finanz- und Budgetausschuß zuzuweisen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Der Antrag ist angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die Frau Obmann des Finanz- und Budgetausschusses ersucht mich, mitzuteilen, daß der Unterausschuß für die Regierungsvorlage 512 der Beilagen über die Einhebung einer Lizenzgebühr anläßlich der Einfuhr bestimmter eiweißhaltiger Futtermittel nicht erst morgen nach Schluß der Haussitzung, sondern gleich jetzt nach Schluß dieser Sitzung im Lokal IV a zusammentritt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, den 30. Oktober, um 11 Uhr vormittag statt. Die schriftlichen Einladungen sind bereits ergangen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr 10 Minuten

Druckfehlerberichtigung.

Im Protokoll der 64. Sitzung hat auf Seite 2968, zweite Spalte, die 30. und 31. Zeile von oben richtig zu lauten:

„erhöhter Staatsschuldendienst ... 440 Millionen Schilling“.